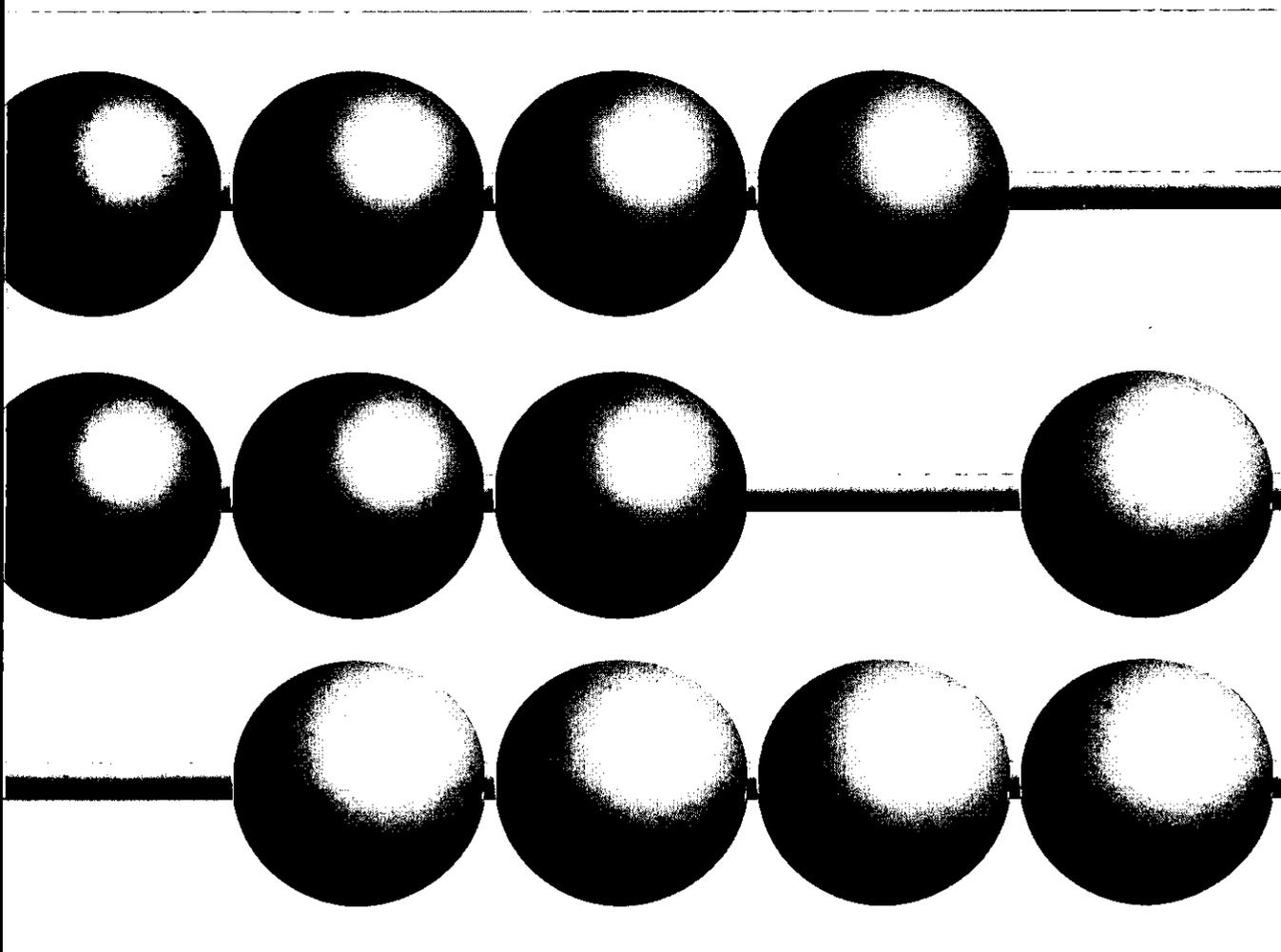


**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel

44. Jahrgang, Heft 4/5
April/Mai 1992

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein

Grußworte
Agrarstatistiken
Aufbau Statistisches Landesamt MV
Berufsbild Statistiker
Sprache in der Statistik
Diagnosestatistik



***Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein***

Impressum

Herausgeber:

Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0

Telefax (0431) 6895 498

Btx * 444 50 #

Schriftleitung:

Bernd Struck

App. 286

Vertrieb:

App. 280

Druck:

Hugo Hamann, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,-

Jahresbezug DM 30,-

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

44. Jahrgang

Heft 4/5

April/Mai 1992

INHALT

Vorwort 79

Grußworte

des Innenministers des
Landes Schleswig-Holstein 79

des Präsidenten des
Statistischen Bundesamtes 81

des Präsidenten des
Landesamtes für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen 83

Aufsätze

40 Jahre Agrarstatistik 84

Einführung der Landwirtschaftsstatistiken
in den neuen Bundesländern 88

Der Aufbau des Statistischen Landesamtes
Mecklenburg-Vorpommern 94

Das Berufsbild Statistiker im
Statistischen Landesamt 100

Nichts ist außer durch Sprache 105

Diagnosen: Von der Landes- zur Bundesstatistik 108

Entwicklung im Bild 111

Beilage

Zahlenbeilage

Bestellkarte

Neu erschienen:

Wohnplatzverzeichnis Schleswig-Holstein 1987

Preis: 20,— DM

Vorwort

Dieses Heft ist ein besonderes. Die Themen der Beiträge sind zwar verschieden, aber ihnen gemeinsam ist der Anlaß, zu dem die Verfasser zur Feder gegriffen haben: Ende April, zum vorgesehenen Erscheinungsdatum dieses Heftes, geht Dr. Dieter Mohr, der langjährige Leiter des Statistischen Landesamtes in den Ruhestand. Sein Wirken wird in drei Grußworten beschrieben, deren Verfasser für seine wichtigsten externen Gesprächsebenen stehen: Landesregierung und Fachaufsicht, Statistisches Bundesamt und Amtsleiterkollegen. Die Aufsätze greifen Themen auf, die etwas abseits der sonst üblichen Methoden- und Ergebnisdarstellung liegen und wie der über das Berufsbild des Statistikers oder der über die Sprache in der Statistik eine Art

Standortbestimmung geben sollen. Die Beiträge stammen von langjährigen Kollegen und Mitarbeitern. Die ersten beiden befassen sich mit der Agrarstatistik. Dort hat Dr. Mohr wie auch in anderen Fachstatistiken erhebliche Verdienste erworben. Der Beitrag über die Errichtung des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern trägt seinem Einsatz Rechnung, den er beim Aufbau der Bundesstatistik in den neuen Ländern leistete. Der letzte Aufsatz geht auf den Werdegang der Diagnosestatistik ein, dessen Beginn in Schleswig-Holstein lag und den Dr. Mohr stets fördernd begleitet hat.

Dr. Matthias Sievers

Bernd Struck

Grußwort

**des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein
Prof. Dr. Hans Peter Bull**

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen mit Hilfe der Chancen, die eine automatische Datenverarbeitung bietet, für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“

Diese in der Öffentlichkeit wenig beachteten Sätze aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 (BVerfGE 65, 1; 47) bedeuten ein Plädoyer für die amtliche Statistik und die sie tragende Verwaltung, das seinesgleichen sucht.

Die Statistik ist für die Lenkungs- und Planungstätigkeit von Bund, Ländern und kommunaler Selbstverwaltung, aber auch für die Wirtschaft und Wissenschaft, zu einem unverzichtbaren Bestandteil für die Erarbeitung von

Entscheidungen und Prognosen in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens geworden.

Das Statistische Landesamt hält mit seiner kontinuierlichen, wissenschaftlich fundierten und von hohem Sachverstand geprägten Arbeit der Öffentlichkeit gleichsam den statistischen Spiegel vor.

Wenn es z. B. um die Entwicklung der Wirtschaft, des Handels und des Handwerks, um die Veränderungen in den Bereichen des Sozialwesens, der Landwirtschaft und der Bildung oder um die Tendenzen in der Bevölkerungsentwicklung geht, sind aktuelle und verlässliche Grunddaten unverzichtbar. Sie sind für sich allein genommen natürlich noch kein Garant für eine entsprechende gute Politik, doch ohne sie wird man keine vorausschauenden politischen Entscheidungen als Grundlage für ein maßvolles und verantwortliches Verwaltungshandeln treffen können.

Die Politik ist daher auch weiterhin gefordert, wenn es darum geht, zwischen dem Informationsinteresse des Staates und dem berechtigten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Achtung ihrer Privatsphäre einen vernünftigen Ausgleich zu schaffen.

Mit dem Umzug des Statistischen Landesamtes vor nunmehr 11 Jahren vom Eichhof in die Fröbelstraße war es erstmals gelungen, alle Bediensteten „unter einem Dach“ unterzubringen, und zwar in einem Gebäude, das wegen seines geschichtlichen, künstlerischen und städtebaulichen Wertes unter Denkmalschutz steht. In der ehemaligen Universitäts-Kinderklinik hat in den Jahren 1946 bis 1950 der erste Schleswig-Holsteinische Landtag seine Sitzungen abgehalten. Zugleich wurden mit dem Umzug die äußeren Rahmenbedingungen für einen modernen und den Ansprüchen der Zeit gewachsenen statistischen Dienst entscheidend verbessert.

Die durch die Nutzung des Dienstgebäudes bildlich zutage tretende Verbindung von Historie und Gegenwart macht auch eine Aufgabe der Statistik deutlich: Die Zahlen vergleichen Gewesenes mit Heutigem und legen so ein bleibendes Zeugnis über die Veränderungen in Staat und Gesellschaft ab.

Die Entwicklung des Statistischen Landesamtes in den letzten zwei Jahrzehnten wurde entscheidend von seinem Leiter, Dr. Dieter Mohr, beeinflusst. Unter seiner von Fachkompetenz, Objektivität und Kreativität geprägten Führung hat das Amt seit 1974 einen hohen technischen und organisatorischen Stand erreicht. Die vielfältigen und stetig in ihrem Umfang gestiegenen Aufgaben konnten trotz knapper finanzieller Mittel und personeller Engpässe stets erfolgreich bewältigt werden.

Das Engagement von Herrn Dr. Mohr galt nicht nur der Durchführung der seinem Amt übertragenen Aufgaben. Er setzte sich ebenso aktiv im Rahmen der Erarbeitung bzw. der Novellierung statistischer Rechtsvorschriften ein und hatte dabei immer die Berücksichtigung des Informationsinteresses der Länder vor Augen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983 einsetzende Diskussion um die Belange des Datenschutzes im Bereich der amtlichen Statistik. Die nach dem neuen Volkszählungsgesetz im Jahre 1987 durchgeführten Erhebungen, nach 17 Jah-

ren „Datenabstinenz“ dringend erwartet, forderten von allen damit befaßten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes ein hohes Maß an Einsatz. Es ist unter anderem das persönliche Verdienst von Herrn Dr. Mohr, daß die Zählung in Schleswig-Holstein reibungslos, im wesentlichen ohne Pannen und ohne datenschutzrelevante Probleme abgewickelt und erste Ergebnisse termingemäß präsentiert werden konnten.

Das Bestreben von Herrn Dr. Mohr war es seit jeher, die Arbeit des Statistischen Landesamtes auf eine einwandfreie rechtliche Grundlage zu stellen. Unter seiner Mitwirkung entstand nach langer und gründlicher Vorbereitung im letzten Jahr das Landesstatistikgesetz, welches sowohl der Landesstatistik als auch der Kommunalstatistik den Stellenwert einräumt, der ihnen neben der EG- und der Bundesstatistik zusteht.

Als sich nach der deutschen Einigung im Zuge des Verwaltungsaufbaus in den neuen Ländern auch der Statistische Dienst neu zu formieren begann, war auch die Fachkompetenz und das Engagement von Herrn Dr. Mohr gefragt. Neben der zu leistenden Aufbauhilfe beim Entstehen des Statistischen Landesamtes in Schwerin hat sich Herr Dr. Mohr als der für die Länderkoordinierung im Bereich der Agrarstatistik zuständige Amtsleiter intensiv um die Beratung, Schulung und Unterstützung der für die Agrarstatistik verantwortlichen Führungskräfte in den neuen Ländern bemüht.

Wenn Herr Dr. Mohr nunmehr nach 40 Jahren Zugehörigkeit zum Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein in den Ruhestand wechselt, hinterläßt er, um in seiner Fachsprache als gelernter Agrarwissenschaftler zu bleiben, „einen Acker, der gut bestellt ist“.

Ich danke Herrn Dr. Mohr sehr für die geleistete Arbeit und wünsche ihm für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute. In diesen Dank schließe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes mit ein, die ihm bei seinem Wirken zur Seite gestanden haben.

Grüßwort

des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Egon Hölder

Als Herr Dr. Mohr im Jahr 1974 an die Spitze des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein berufen wurde, übernahm ein anerkannter Statistikfachmann das Ruder im nördlichsten Statistischen Landesamt. Seine Erfahrungen in der praktischen Landwirtschaft, die Dr. Mohr im familiären Bereich sammeln konnte, und ein darauf aufbauendes Studium der Agrarwissenschaften schufen ideale Vorbedingungen für einen amtlichen Statistiker, zu dessen wesentlichsten Aufgaben es gehört, laufend Brücken zwischen Theorie und Praxis zu schlagen — und dann auch über diese Brücken zu gehen. Seine Dissertation über die „Die Betriebsorganisation der Landwirtschaft in den Naturräumen Schleswig-Holsteins“, die noch heute die Grundlage für die regionale Gliederung bildet, ist nur ein Beispiel dafür. Diese besondere Fähigkeit kam Dr. Mohr nicht nur in seiner Funktion als langjähriger Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Statistischen Landesamt zugute, sondern auch als frischgebackenem Amtsleiter Mitte der 70er Jahre in der überbordenden Diskussion über vermeintlich zu große Belastungen durch statistische Erhebungen. Gerade die Landwirtschaftsstatistik mit dem Zählen von Erbsen, Schweinen und Ammenkühen mußte oft als Beispiel herhalten, um das „allgemeine Unverständnis für die in der Statistik erhobenen alten Zöpfe“ zu dokumentieren. In Wirklichkeit artikuliert sich hier nur das bei Außenstehenden weit verbreitete Unverständnis für die Bedürfnisse der Landwirtschaft in der damals modischen Statistikablehnung. In einem aufwendigen Verfahren, das mehr als drei Jahre dauerte, wurden damals sämtliche Statistiken bis in alle Einzelheiten bei Bund und Ländern überprüft — mit einem gewaltigen Arbeitsaufwand auch in den Statistischen Ämtern. Neben zwei Statistikbereinigungsgesetzen, mit denen einiges Entbehrliche und manches jetzt sehr Vermißte gestrichen und anderes zurechtgerückt wurde, blieb vor allem als Ergebnis, daß nahezu das gesamte Arbeitsprogramm der Statistik als unverzichtbar angesehen wurde und die Statistischen Ämter auch bis dahin schon alle Möglichkeiten ausgeschöpft hatten, die Befragten zu entlasten.

Dr. Mohr hat es nicht nur dabei immer wieder überzeugend verstanden, die Arbeitsweise und den Sinn der Statistik zu verdeutlichen. Sein Vergleich der Statistik mit den Instrumenten im Cockpit eines Großflugzeugs, von denen einige ständig, andere nur gelegentlich und einige nur im Notfall, dann aber umso dringlicher ge-

braucht werden, hat bis heute nichts an Aktualität verloren. Und je komplizierter unsere Wirklichkeit, umso komplexer und empfindlicher müssen auch die Meßinstrumente, muß die Statistik sein, um den „Piloten“ in Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen, Wirtschaft und Wissenschaft oder der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen zu vermitteln.

Schon früh hat Dr. Mohr auch die Bedeutung einer professionellen Öffentlichkeitsarbeit für die Statistik erkannt, die er als Daueraufgabe und entsprechend ausgestattet und institutionalisiert wissen wollte. Kompetent hierfür waren in seinen Augen vor allem die Auftraggeber der amtlichen Statistik, aber auch die beteiligten Wirtschaftsverbände und die Statistischen Ämter. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Aufsätze, nicht nur auf seinem besonderen Fachgebiet, wie eine Studie über Betriebssysteme im Auftrag des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, sondern zu allen aktuellen Fragen und Einflüssen auf das statistische Programm legen von der konsequenten Umsetzung Zeugnis ab.

Die 80er Jahre mit ihren großen Herausforderungen für die amtliche Statistik und den Leiter eines Statistischen Amtes sollten hierzu noch reichlich Gelegenheit bieten. Angefangen von der Novellierung des Bundesstatistikgesetzes im März 1980, über die abgebrochene Volkszählung 1983, die Vorbereitung und Durchführung der Volkszählung 1987 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Anpassung des Bundesstatistikgesetzes an die vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Normen, die Neuordnung zentraler Bereiche der Wirtschaftsstatistik bis hin zur Weiterentwicklung des Mikrozensus spannt sich der Bogen der in dieser Zeit anstehenden Themen. Dr. Mohr hat sich in besonderer Weise bei der Weiterentwicklung des Programms der Bundesstatistik engagiert. Vor allem auf sein Drängen beschäftigte sich die Arbeitsgruppe „Programm“ der Amtsleiterkonferenz aber auch sehr intensiv mit der praktischen Handhabung der rechtlichen Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Das ist in Arbeitsweise und Bedeutung der Umsetzung von Laborerkenntnissen in großtechnische Anwendungen vergleichbar.

Nicht unerwähnt bleiben dürfen auch seine Aktivitäten auf dem Gebiet der Dienstleistungsstatistik und der Tourismusstatistik. Beim 4. Wiesbadener Gespräch im

März 1990 referierte Dr. Mohr vor Experten aus der Tourismuswirtschaft, aus Verbänden, Wissenschaft und Politik über die „Anforderungen an die Tourismusstatistik aus der Sicht eines Fremdenverkehrslandes“.

Als Vertreter der Amtsleiter im Fachausschuß Landwirtschaftsstatistik des Statistischen Beirats war Dr. Mohr darüber hinaus in besonderem Maße der Landwirtschaftsstatistik treu geblieben, die er aufgrund seiner fundierten Kenntnisse und Erfahrungen im praktischen wie im konzeptionellen und methodischen Bereich entscheidend mitgestaltet hat. Als Meilensteine sind hier die Einführung der Agrarberichterstattung im Jahr 1977, die Neufassung des Gesetzes über die Bodennutzungs- und Ernteerhebung 1978 mit der Einführung einer Flächenerhebung, die Vorbereitung und Durchführung der Landwirtschaftszählungen 1979 und 1991 sowie die Zusammenfassung der wichtigsten bestehenden einzelstatistischen Rechtsvorschriften im Agrarbereich im Agrarstatistikgesetz 1989 zu nennen.

Und wieder waren Initiative und Engagement gefragt, als es vor nunmehr 1 1/2 Jahren galt, die Konzepte und

Methoden der Agrarstatistik in den neuen Bundesländern einzuführen. Dr. Mohr hat diese Gemeinschaftsaufgabe der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes mit viel Sachverstand vorangetrieben und darüber hinaus ganz besonders intensiv beim Aufbau des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern Beratung und Unterstützung geleistet.

Ich möchte nicht schließen, ohne auch an dieser Stelle Herrn Dr. Mohr für die jahrelange gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken. Er konnte Fragen aufwerfen und Antworten geben. Er konnte hartnäckig sein und verbindlich kompromißbereit. Man hätte ihn früher einfach als „Herr“ gekennzeichnet und darf ihn heute wohl einen Gentleman nennen. Er war immer ein loyaler und sehr angenehmer Partner, stets bereit, sich für die gemeinsame Sache einzusetzen. Er hat der Statistik dank seiner großen Sachkenntnis, seines Engagements und seiner Begeisterung viele neue Impulse vermittelt, aber auch viele Freunde gewonnen. Anerkennung, Zuneigung und Dankbarkeit seiner Kollegen aus seinem Land, aus den Ländern und aus dem Bund begleiten ihn in eine neue Lebensphase.

Grußwort

**des Präsidenten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen
Albert Benker**

Für die Leiter der Statistischen Landesämter in der Bundesrepublik Deutschland freue ich mich, Herrn Direktor Dr. Mohr an dieser Stelle den besonderen Dank für die Jahre der guten und engen Zusammenarbeit aussprechen zu dürfen.

Nahezu vier Jahrzehnte seines beruflichen Lebens hat Herr Dr. Mohr der amtlichen Statistik in überaus erfolgreicher Arbeit gedient, davon fast 20 Jahre als Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein. Von der Agrarstatistik kommend hat er, auch nach seiner Bestellung zum Amtsleiter, für die Gestaltung und Fortentwicklung dieser Statistik sein hervorragendes Fachwissen eingesetzt und mit hohem Sachverstand die Entwicklung begleitet und gesteuert. Für viele Fachleute der Statistik ist der Name Dr. Mohr untrennbar mit der Entwicklung der Agrarstatistiken in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten verbunden. Viele Referenten in den Landesämtern und sicherlich auch im Bundesamt, denen er in den langen Jahren mit Rat und Hilfe zur Seite gestanden hat, werden ihm in diesen Tagen besonders danken. Hier ist aber heute vor allem an die Einführung der Agrarstatistik in die neuen Länder zu denken, die ohne seinen unermüdlichen persönlichen Einsatz nicht möglich geworden wäre.

Mit besonderem Dank ist festzustellen, daß Herr Dr. Mohr sein herausragendes Fachwissen und seine besondere berufliche Qualifikation nicht nur in seiner engeren Hausdisziplin, sondern mit Engagement und Umsicht in allen Gebieten der amtlichen Statistik eingesetzt hat, die die amtliche Statistik in ihrer Zeit geformt, geprägt und gestaltet haben.

Auswirkungen der Aufbauphase, Fragen zur Aufgabenstellung, zur Organisationsstruktur, zur rechtlichen Fundierung und zum Datenschutz, zur methodischen

Weiterentwicklung, zur Verfahrensverbesserung, zur besseren Nutzung moderner Technologien sowie vielfältige Personal- und Kapazitätsprobleme bildeten den weiten Rahmen seiner Wirkungsphasen in Kiel sowie den vielfältigen Gremien unseres föderalen statistischen Systems.

Von entscheidender Bedeutung für die amtliche Statistik waren in diesen Jahren die Ereignisse, die mit der Vorbereitung der Volkszählung 1983, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz und der dann durchgeführten Volkszählung von 1987 zusammenhingen. Mit einem gewissen Abstand zu den turbulenten öffentlichen Auseinandersetzungen jener Tage ist auch heute festzustellen, daß diese große Bundesstatistik in rechtlich einwandfreier und erfolgreicher Weise durchgeführt worden ist. Dieses ist nicht zuletzt auch dem unermüdlichen persönlichen Einsatz des Leiters des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein und seiner Mitarbeiter zu verdanken.

Hier wie auch bei vielen anderen Gelegenheiten in den Jahren der Zusammenarbeit zeigte sich, daß Schwierigkeiten für Herrn Dr. Mohr keine unüberwindbaren Hindernisse wurden, sondern offen und engagiert angegangen wurden. Dabei haben die Kollegen seine Fähigkeit zur guten menschlichen Zusammenarbeit kennen- und schätzen gelernt. Er gehört zu denen, die mit erkennbarer Liebe zur Sache die Fähigkeit zum fundierten Urteil haben. Widerspruch und auch Kritik konnte Dr. Mohr ertragen. Strittige Debatten endeten für ihn aber immer dann, wenn die gemeinsame Aufgabenstellung eine Lösung verlangte.

Die Amtsleiter wünschen noch viele schöne Jahre mit Gesundheit und Zufriedenheit.

40 Jahre Agrarstatistik

Ein Steuermann geht von Bord

Dr. Rudolf Stadler

Der Autor ist Ständiger Vertreter des Präsidenten und Leiter der Abteilung „Wirtschaftsanalysen, Umweltbeobachtung und Agrarwirtschaft“ im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Wenn Dr. Dieter Mohr Ende April 1992 als Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein den Grünstift aus der Hand legt, scheidet nicht nur ein über fast zwei Jahrzehnte bewährter Amtsleiter aus dem aktiven Dienst — es geht zugleich ein erfahrener „Steuermann der Agrarstatistik“ von Bord. In seinem fast 40jährigen Berufsleben hat der gebürtige Cuxhavener die Agrarstatistik seines Landes zunächst als Dezernent, ab 1965 als Abteilungsleiter und seit 1974 auch als Amtsleiter maßgeblich bestimmt. Mittelbar wurde durch sein Wirken auch das agrarstatistische Geschehen auf Bundesebene beeinflusst, zumal er in den letzten 14 Jahren als der fachlich zuständige Vertreter der Leiter der Statistischen Landesämter im Fachausschuß und in den Referentenbesprechungen Landwirtschaft beim Statistischen Bundesamt sowie beim Statistischen Beirat die konzeptionellen, organisatorischen und methodischen Entscheidungen richtungsweisend begleiten konnte.

Seine Wirksamkeit fiel in eine Zeit tiefgreifender Strukturveränderungen in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, die auch zu einschneidenden Weichenstellungen für das agrarstatistische Instrumentarium führten. Der Abschied Dr. Mohrs aus dem aktiven Dienst ist daher ein willkommener Anlaß, einige wichtige Hauptlinien dieser Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der von ihm ausgegangenen Impulse nachzuzeichnen.

Schwierige Aufbauphase

Als der Blohm-Schüler Dr. Mohr Anfang der 50er Jahre in das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein trat, galt es zunächst, die traditionellen agrarstatistischen Grunderhebungen, wie Viehzählung, Bodennutzungserhebung, Ernte- und Produktionsstatistiken, die im Gefolge des Kriegs- und Nachkriegsgeschehens teilweise gelitten, teilweise auch einen nicht sachgerechten Umfang angenommen hatten, wieder voll funktionsfähig zu machen und zu einem effizienten Berichtssystem zu entwickeln. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß damals

Jahr für Jahr vier totale Schweinezahlungen durchzuführen waren oder daß die Ernteerträge generell 15 bis 20 % unterschätzt wurden, wird verständlich, daß eine wirksame Entlastung der auskunftspflichtigen Bauern und zugleich die Verbesserung der Erhebungsgenauigkeit vordringlich waren. Als Mittel hierzu boten sich u. a. moderne Zufallsstichproben an, deren Einführung zur ersten großen Herausforderung für den jungen Agrarreferenten in Kiel wurde.

In der landwirtschaftlichen Ertragsstatistik wurde bundeseinheitlich das bis heute bewährte, international anerkannte und inzwischen weiter entwickelte Verfahren der Besonderen Erntemittlung für Getreide und Kartoffeln eingeführt, ein objektives Meßverfahren von nachweislich hoher Genauigkeit, das im Zusammenwirken mit den regional tiefgegliederten Berichterstatterschätzungen erstmals eine zuverlässige Beurteilung der Ertragsverhältnisse landwirtschaftlicher Feldfrüchte gestattete und daher in den Folgejahren auch auf Obst, Wein und Gemüse übertragen wurde.

Im Bereich der Viehzählungen entschloß man sich nach intensivem Studium der praktischen Gegebenheiten vor Ort und im Hinblick auf das schwierige Zugangsproblem zu einer Flächenstichprobe. Sie erwies sich über fast eineinhalb Jahrzehnte als voll funktionsfähig, bis Untersuchungen von Dr. Mohr und anderen zeigten, daß infolge der mittlerweile in Gang gekommenen Spezialisierung der Nutztierhaltung und der damit verbundenen betrieblichen Konzentration die Pflege der Flächenstichprobe einen unvergleichbar hohen Aufwand erforderte. Anfang der 70er Jahre wurde sie daher durch eine Betriebsstichprobe abgelöst, was wiederum die Abkehr vom tradierten Listenzählverfahren zugunsten einzelbetrieblicher Erhebungsbogen bei der Viehzählung voraussetzte. Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein führten damals die maschinelle Belegung der konkreten Zahlenangaben der Auskunftspflichtigen (mittel IBM 1288) ein und leisteten damit europaweit Schrittmacherdienste für eine schnelle und rationelle Erfassung primärstatistischer Daten.

Als besonders schwierig erwies sich auch die repräsentative Feststellung der Vielzahl unterschiedlicher Nutzungsarten auf dem Ackerland. Bei den natürlichen Standortunterschieden zwischen den Bundesländern entwickelten manche Statistische Landesämter wie Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein eigenständige Stichprobenverfahren der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung, die erst Ende der 60er Jahre durch ein gemeinsames Bundesverfahren abgelöst wurden.

Schwierig gestaltete sich auch die Feststellung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft — bei der früh einsetzenden massiven Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Agrarbereich in den gewerblichen Sektor stets von besonderer politischer Brisanz. Zunächst wurden in ausgewählten Stichprobenbetrieben monatliche Erhebungen eingeführt und die Ergebnisse jeweils miteinander verkettet und geglättet, später ging man zur Verminderung des Aufwands schrittweise auf einen Vierteljahres-, dann Halbjahresturnus über, indem pro Wirtschaftsjahr je eine Monatserhebung im April bzw. Oktober als ausreichend erachtet wurde, um die jährliche Entwicklung der Landarbeitskräfte hinreichend genau abzubilden.

Auf der Suche nach einem schlüssigen Betriebskonzept

Mit der Landwirtschaftszählung 1960 hatte sich der Schwerpunkt der agrarpolitischen Anforderungen von der Beobachtung des Produktionsaufkommens auf die der Betriebsverhältnisse verlagert. Dies bedeutete auch für die Agrarstatistik eine erhebliche Herausforderung, die von dem Betriebswirtschaftler Dr. Mohr wohl bewußt als solche empfunden wurde. Es erwies sich in der Tat als schwierig, das in erster Linie auf Funktionalerhebungen ausgerichtete agrarstatistische Instrumentarium auf die laufende Erfassung betriebsstruktureller Tatbestände umzustellen, zumal die damals übliche halbmanuelle Aufbereitung statistischer Erhebungen zu äußerster Arbeitsökonomie in den Statistischen Landesämtern zwang. In den ersten 60er Jahren wurden zunächst durch Sonderauszählungen der Bodennutzungsvorerhebung bzw. der totalen Dezemberviehzählung Einblicke in die Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe, Nutzflächen und Tierbestände vermittelt, doch zeigte sich bald, daß es damit nicht getan war. Politik, Verwaltung und Berufsstand verlangten umfassendere Strukturnachweisungen in wesentlich kürzeren Zeitabständen als im traditionellen 10-Jahres-Rhythmus der landwirtschaftlichen Betriebszählungen. Selbst die erste EG-Strukturerhebung 1967 lieferte noch nicht das gewünschte Instrument für einen zeitnahen betriebsbe-

zogenen Strukturüberblick, wenn auch im Rahmen der Aufbereitungsarbeiten für diese Erhebung eine Art „Durchbruch“ durch den erstmaligen EDV-Einsatz für die Plausibilitätskontrollen erzielt werden konnte. Eine von G. Weinschenk und R. Stadler für das SAEG erstellte „Studie über die Auswertung der Angaben der Grunderhebung über die Struktur landwirtschaftlicher Betriebe“ (Stuttgart-Hohenheim 1967; St/ 12104/67-D) bezeugt, daß die von E. Woermann und G. Weinschenk auf der Grundlage Thünens und Aereboes entwickelte moderne Theorie des landwirtschaftlichen Betriebes in der Agrarstatistik erst noch Eingang finden mußte.

Dr. Mohr hatte sich mit Fragen der landwirtschaftlichen Betriebsorganisation bereits Mitte der 50er Jahre auseinandergesetzt. Mit einer umfangreichen Arbeit „Über die Betriebsorganisation der Landwirtschaft in den Naturräumen Schleswig-Holsteins“ (Kiel 1956) lieferte er den Grundstein für weitere Untersuchungen zur Neugestaltung der Betriebsstatistik.

Die Bodennutzungssysteme erwiesen sich freilich zur Kennzeichnung landwirtschaftlicher Betriebe schon bald als wenig geeignet: Mit der zunehmenden Verlagerung der betrieblichen Schwerpunkte auf die bodenunabhängigen Viehhaltungszweige der Mastschweine- und Geflügelhaltung und mit der damit einhergehenden Lockerung des betriebsorganisatorischen Zusammenhangs zwischen Bodennutzung und Nutztierhaltung ließ sich die Struktur der tierischen Veredelungswirtschaft nicht mehr wie bis dahin indirekt durch das Bodennutzungssystem beschreiben. Auch Versuche, mit Hilfe der Blohmschen „Intensitätszahlen“ zu einer schlüssigeren Konzeption zu gelangen, befriedigten nicht und fanden daher ebensowenig Eingang in die Bundesstatistik wie andere Alternativmodelle, etwa das von H. Wirth („Ermittlung der Vollerwerbsbetriebe oder Gliederung der Betriebe nach dem Betriebsertrag durch die Landwirtschaftszählung 1960?“, in *Agrarwirtschaft* 1961, S. 285), das sich auf den korrelativen Zusammenhang zwischen Betriebsertrag und -aufwand von landwirtschaftlichen Buchführungsbetrieben stützte, oder der von M. Rauterberg („Zur Frage der Ermittlung der Vollerwerbsbetriebe durch die Landwirtschaftszählung 1960“ in *Wirtschaft und Statistik*, 1960, Heft 9), dem die Vollerzorgungspersonen der bäuerlichen Familien zugrunde lagen.

Bedeutsam war in dieser Zeit des Suchens nach einem überzeugenden Betriebskonzept die ausführliche „Studie über das praktische Verfahren der indirekten Methode zur Klassifizierung landwirtschaftlicher Betriebe nach ihrer Produktionsrichtung“, die Dr. Mohr in der erstaunlich kurzen Zeit vom 1. 2. bis 31. 7. 1967 für das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften fertigte. Er schlug in dieser Arbeit die Gliederung der land-

wirtschaftlichen Betriebe nach der relativen Zusammensetzung des betrieblichen Produktionswerts auf der Basis von Bruttowerten vor und entwickelte damit einen wichtigen Grundsatz für das später von der Europäischen Gemeinschaft eingeführte Klassifikationsverfahren.

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich indessen das Nettoprinzip und damit die Klassifizierung der Agrarbetriebe nach „Standarddeckungsbeiträgen“ durch, auf deren Grundlage auch die Abteilung von „Standardbetriebseinkommen“ als monetärer Ausdruck für die gesamte Produktionskapazität landwirtschaftlicher Betriebe (unter sachgerechtem Einschluß der tierischen Produktion) möglich wurde. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß auch Dr. Mohr schon damals die Regionalisierung der zugrundegelegten Berechnungskoeffizienten vorgeschlagen hatte — eine Forderung, die heute noch gilt, deren Realisierung aber bisher immer noch aussteht.

Aufbruch zur laufenden Agrarberichterstattung

Im Gefolge der wegen ihres Umfangs als „Omnibuserhebung“ geschmähten Landwirtschaftszählung 1971 stellte sich die Forderung nach kurz- bzw. mittelfristigen Strukturzählungen zwischen den großen Betriebshebungen mit neuer Dringlichkeit. Die optimale Periodizität solcher zwischengeschobener Strukturzählungen war lange Zeit umstritten. Als schließlich erkennbar wurde, daß bei dem beschleunigten Strukturwandel in der Landwirtschaft sowohl die nationale Agrarpolitik als auch die Europäische Gemeinschaft einen Zweijahresturnus durchzusetzen entschlossen waren, war es keine Frage mehr, daß zusätzliche Strukturbefragungen in dieser Häufigkeit den Auskunftspflichtigen nicht ohne Entlastungen an anderer Stelle zugemutet werden konnten.

So kam schließlich die auch von Dr. Mohr immer wieder vertretene Auffassung zum Tragen, anstelle zusätzlicher integrierter Strukturzählungen die bereits bestehenden und weiterhin unentbehrlichen Funktionalerhebungen einzelbetrieblich zusammenzuführen und für den geforderten Strukturnachweis nutzbar zu machen. Zwar hatte man aus den Jahren mit Landwirtschaftszählungen bereits gewisse Erfahrungen in der organisatorischen Verknüpfung mit der jeweils zeitgleichen Bodennutzungshaupterhebung, doch waren bei der Übernahme etwa der Ergebnisse einer Dezemberviehzählung große zeitliche, definitorische und Abgrenzungsprobleme zu überwinden.

In einer denkwürdigen Sitzung Anfang der 70er Jahre in Hannover wurde in einer Arbeitsgruppe, der unter anderem Dr. Mohr, Dr. Brandkamp (BML), Dr. Haßkamp (Statistisches Bundesamt), Herr Starke (Statistisches Landesamt Niedersachsen) und Dr. Stadler (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg) angehörten, das Konzept einer laufenden Agrarberichterstattung als eines in sich geschlossenen Beobachtungsprogramms landwirtschaftlicher Betriebe entwickelt und schließlich in den Jahren 1974 bzw. 1975 erstmals umgesetzt: Ein totaler Teil — im wesentlichen aus der einzelbetrieblichen Zusammenführung der Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung und denen der nachfolgenden Dezemberviehzählung bestehend — lieferte die regional tiefgegliederten Strukturgrunddaten, ein teils totales, teils repräsentatives Ergänzungsprogramm steuerte durch Einbeziehung der repräsentativen Landarbeitskräfteerhebung und anderer Frageinhalte betriebsbezogene Informationen über die Personalstruktur, die Besitzverhältnisse, Pachtpreise, sozialökonomischen Merkmale und andere Tatbestände bei, und ein repräsentatives Zusatzprogramm sollte die Erfassung zusätzlicher Informationen über betriebliche, personelle und administrative Tatbestände ermöglichen.

Die eingangs noch auftretenden erhebungs- und aufbereitungstechnischen Mängel des neuen Konzepts, die teils in dem zeitlichen Auseinanderklaffen der Funktionalerhebungen, teils in definitorischen und durchführungstechnischen Schwierigkeiten bei der Identifikation der betrieblichen Einheiten begründet waren, konnten in den Folgejahren zunehmend ausgeräumt werden; hierzu wurde unter anderem ab 1981 anstelle der nachfolgenden die vorangegangene Dezemberviehzählung (1980) mit der Bodennutzungserhebung zusammengeführt, die Landarbeitskräfteerhebung statt halbjährlich in jedem zweiten Wirtschaftsjahr auf eine jährliche Erhebung im Monat April umgestellt, der Totalteil der Agrarberichterstattung ab 1983 nur noch alle vier Jahre, der Repräsentativteil jedoch weiterhin alle zwei Jahre erhoben. In dieser modifizierten Form hat sich das damals entwickelte Konzept bis heute als ein äußerst flexibles und vergleichsweise rationelles Verfahren der Strukturbeobachtung erwiesen.

Voraussetzung für die Agrarberichterstattung war allerdings die Einrichtung eines gut funktionierenden zentralen Betriebsregisters in den Statistischen Landesämtern, ein Vorhaben, das von Dr. Mohr schon Mitte der 60er Jahre vorangetrieben wurde, als andere Statistische Landesämter ihre Arbeitskapazitäten noch durch die Obstbaumzählung 1965 gebunden sahen. Die optimale Form eines solchen Betriebsregisters blieb freilich lange umstritten, und das von Schleswig-Holstein propagierte Modell eines um bestimmte Stammerkmale erweiterten, kompakten Registerbandes

wurde bundeseinheitlich nicht übernommen. Der Registergedanke selbst hatte sich jedoch durchgesetzt. Allgemein wurde schließlich Anfang der 70er Jahre ein reines Adreßregister Landwirtschaft in der Weise eingerichtet, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb über eine systemfreie Kenn-Nummer mit getrennt geführten Merkmalsdateien der Funktionalerhebungen verbunden werden konnte. So ließen sich die getrennt gesammelten Einzeldaten — soweit gesetzlich zulässig — maschinell zusammenführen und für Strukturauswertungen, verlaufsanalytische Untersuchungen und dgl. bei weitmöglichster Entlastung der Auskunftspflichtigen nutzen. Heute bildet das Betriebsregister in sämtlichen Bundesländern das zentrale technische Steuerungsinstrument für alle wichtigen Funktional- und Strukturhebungen, insbesondere auch für die Auswahl der Stichprobenerhebungen im Agrarbereich.

Engagement für die neuen Bundesländer

Es würde den Rahmen eines erweiterten Grußwortes sprengen, wollte man allen Einflußlinien folgen oder alle Anregungen und Impulse darstellen, die von dem scheidenden Amtsleiter im Verlauf seiner mehrere Jahrzehnte währenden Tätigkeit auf die Agrarstatistik ausgegangen sind. Indessen verdient es schon eine besondere Würdigung, daß Dr. Mohr bei wichtigen Entscheidungen auch dann noch für den Agrarbereich wirksam war, als er bereits die Leitung des Statistischen Landesamtes

Schleswig-Holstein übernommen und die unmittelbare Betreuung der Agrarstatistik seines Landes in jüngere Hände gelegt hatte. So setzte er sich in seiner Funktion als Vertreter der Amtsleiter im einschlägigen Fachausschuß leidenschaftlich ein, als im Gefolge des Karlsruher Volkszählungsurteils 1983 ein neues Agrarstatistikgesetz geschaffen werden mußte. Gleiches gilt für sein Engagement als überzeugter Föderalist bei der Umsetzung mancher Anforderung der Europäischen Gemeinschaft an die nationale Statistik bis hin zum umstrittenen „Eurofarm-Projekt“ der EG-Kommission. Sein letztes großes Engagement galt jedoch der Einführung der bundeseinheitlichen Agrarstatistik in den neuen Bundesländern — eine Aufgabe, der er sich zusammen mit seinen Mitarbeitern und den Kollegen des Statistischen Bundesamtes und der übrigen Statistischen Landesämter mit großem Geschick, mit Weitsicht und Augenmaß widmete.

Wenn die Agrarstatistik der Bundesrepublik Deutschland heute trotz aller Widrigkeiten, mit der die amtliche Statistik gegenwärtig ohnehin zu kämpfen hat, ein nach wie vor funktionsfähiges, in sich abgestimmtes und im In- und Ausland gleichermaßen als vorbildlich anerkanntes Gesamtgebäude darstellt, so ist dies zu einem nicht unerheblichen Teil auch das Verdienst von Dr. Mohr.

Die amtliche Agrarstatistik hat daher in vielfacher Hinsicht Veranlassung, dem scheidenden „Steuermann der Agrarstatistik“ Dank und Anerkennung zu sagen.

Einführung der Landwirtschaftsstatistiken in den neuen Bundesländern

Am Anfang stand der Informationsaustausch

Nach der politischen Wende und Öffnung der Grenzen von und zur DDR im November 1989 wuchs das gegenseitige Interesse an Informationen im jeweils anderen Teil Deutschlands. Mit der sich gleichzeitig abzeichnenden wirtschaftlichen und politischen Annäherung wurden sehr frühzeitig Kontakte auf amtlicher statistischer Ebene zwischen Ost- und Westdeutschland geknüpft, ab Dezember 1989 auf Bundesebene zwischen dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden und der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Ostberlin (später: Statistisches Amt der DDR) sowie auf Landesebene ab März 1990 zwischen dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein und den Bezirksstellen für Statistik in Schwerin, Rostock und Neubrandenburg auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern. Im Frühjahr 1990 wurde in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes eine „Arbeitsgruppe Deutsche Statistik“ eingerichtet, und diese nahm Expertengespräche für die einzelnen Fachbereiche auf. Gleichzeitig vereinbarten die Leiter der norddeutschen Statistischen Landesämter Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen im April 1990 in Rostock mit den Leitern der drei Bezirksstellen für Statistik in Mecklenburg-Vorpommern Informationsgespräche über die Organisation, Durchführung und Aufbereitung der Agrarstatistiken in den alten Bundesländern. Im Rahmen einer Arbeitsteilung zwischen den drei alten Bundesländern sollte Schleswig-Holstein u. a. über die Agrarstatistik informieren. Mitarbeiter des hiesigen Statistischen Landesamtes führten dazu im Sommerhalbjahr 1990 mehrere Arbeitsgespräche in Schwerin und Kiel, stellten umfangreiches Informationsmaterial zur Verfügung und gewannen dabei gleichzeitig einen für die spätere Überleitung der Bundesstatistiken auf das Gebiet Ostdeutschlands bedeutsamen Einblick in das agrarstatistische Berichtswesen der DDR.

Unterstützung wird erforderlich

Bereits in dem Vertrag über die Schaffung einer Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 wurde eine Anpassung der Statistiken der damaligen DDR an die der Bundesrepublik vereinbart, und diese fand auch in

dem Gesetz über die Statistik der DDR vom 20. Juli 1990 ihren Niederschlag. Mit dem Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 6. September 1990 wurde schließlich Bundesrecht für das gesamte Beitrittsgebiet verbindlich, d. h. ab 3. Oktober 1990 galten — von gewissen, auf zwei Jahre begrenzten Übergangsregelungen abgesehen — die statistischen Rechtsvorschriften des alten Bundesgebietes für die inzwischen wieder entstandenen fünf neuen Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen sowie das wiedervereinigte Berlin. Dadurch war über den bis dahin betriebenen Informationsaustausch hinaus eine intensive Unterstützung bei der Umstellung auf die Erhebungsinhalte, -verfahren und -auswertungen der Bundesstatistik geboten. Erste Vorstellungen dazu wurden von den Leitern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder auf einer Besprechung am 13. Juli 1990 in Wiesbaden entwickelt. Diese erklärten am 10./11. September 1990, daß „sektoral“ auf allen Fachgebieten der Bundesstatistik eine Beratung und Schulung erforderlich sei. Diese fachliche Unterstützung bei der Überleitung der Statistik sollte in Abstimmung zwischen der zuständigen Fachabteilung des Statistischen Bundesamtes und demjenigen Leiter des Statistischen Landesamtes, der die Statistischen Ämter der Länder im jeweiligen Fachausschuß des Statistischen Beirates vertritt, erfolgen. Damit fiel diese koordinierende Aufgabe dem für die Agrarstatistik zuständigen Abteilungspräsidenten des Statistischen Bundesamtes — Herrn Schwenck — und dem Direktor des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein — Dr. Mohr — zu. Als Ansprechpartner benannten sie je einen Referenten ihrer agrarstatistischen Fachressorts und übertrugen diesen die Detailorganisation und die praktische Durchführung der erforderlichen Informations-, Beratungs- und Schulungsveranstaltungen. Auf Spezialgebieten der Agrarstatistik sollten besonders fachkompetente Mitarbeiter aus den Statistischen Ämtern der anderen Flächenländer mit Beratungs- und Schulungsaufgaben beteiligt werden. Zusätzliche Unterstützungen im organisatorischen Bereich sollte ferner von Bundesland zu Bundesland nach dem Partnerschaftsprinzip geleistet werden, und zwar in Mecklenburg-Vorpommern durch Schleswig-Holstein, in Brandenburg durch Nordrhein-Westfalen, in Sachsen-Anhalt durch Niedersachsen, in Thüringen durch Hessen und in Sachsen durch Baden-Württemberg.

Zentralisiertes Berichtswesen in der DDR

Bis zum 3. Oktober 1990 gab es in der damaligen DDR ein sehr breitgefächertes agrarstatistisches Berichtswesen. Nach der Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985 sollte dieses sogenannte „zentralisierte Berichtswesen“ vorrangig der Leitung und Planung der Volkswirtschaft dienen. Die Erfassung sowie die Bewertung und Auswertung der erforderlichen Informationen war durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in Ostberlin detailliert festgelegt und von den 15 Bezirksstellen für Statistik und den ihnen unterstehenden Kreisstellen für Statistik auszuführen. Sehr umfassend wurden alle rd. 5 000 sozialistischen Betriebe und Einrichtungen der Landwirtschaft auf direktem Wege regelmäßig befragt. Die Erhebungstatbestände reichten u. a. von der pflanzlichen und tierischen Produktion über die Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, die Investitionen, die Waren-, Kosten- und Finanzplanung bis hin zum Energieaufwand und zur Bau- und industriellen Warenproduktion. Über den pflanzenbaulichen Bereich hatten auch alle anderen Bewirtschafteter landwirtschaftlicher Nutzflächen (Kirchengüter, privatwirtschaftliche Gärtnereien) zu berichten. Landwirtschaftlich genutzte Kleinflächen wurden meist über die Volkseigenen Güter (VEG) und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) miterfragt. Die in mehr als einer halben Million Kleinbeständen gehaltenen landwirtschaftlichen Nutztiere (persönliche Hauswirtschaften von LPG-Mitgliedern und private Tierhaltungen) wurden vierteljährlich durch die Gemeindeverwaltungen über Zähllisten erfaßt. Entsprechend dem jeweiligen Berichtskreis wurden die Erhebungstatbestände immer total, d. h. bei allen Berichtspflichtigen erfragt; Stichprobenverfahren wurden nicht praktiziert. Während die einzelbetrieblichen Angaben keinem besonderen Datenschutz unterlagen, sondern den unterschiedlichsten politischen und Verwaltungsstellen als Mittel der Plankontrolle zur Verfügung standen, galt für zusammengefaßte Ergebnisse, soweit sie nicht von staat-/amtlicher Seite freigegeben wurden, strenge Geheimhaltung.

Praktische Unterstützung in einer Arbeitsgruppe

Die Vorbereitungen zur praktischen Unterstützung der neuen Bundesländer bei der Umstellung der Agrarstatistik auf die Inhalte und Verfahren des alten Bundesgebietes nahmen ab August 1990 mit mehreren Vorgesprächen der daran Beteiligten aus den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder sowie dem Bundesernährungsministerium ihren Anfang. Mit einer einflussreichen Veranstaltung Anfang November 1990 sollte

die Informationsarbeit aufgenommen werden. Da jedoch bereits ab Oktober 1990 die monatlichen Statistiken der tierischen Produktion (Schlachtungen und Schlachtgewichte, Milcherzeugung und -verwendung, Geflügelbrut u. -schlachtungen, Eierzeugung) fortgeführt und angepaßt werden mußten, kam es bereits Ende September 1990 im Statistischen Amt der DDR in Ostberlin zu einer vorgezogenen Besprechung zwischen den für die Agrarstatistik zuständigen Mitarbeitern aus den 15 Bezirksstellen für Statistik und der Berliner Zentrale mit den beiden benannten Ansprechpartnern aus dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein. Für die Abklärung einheitlicher Erhebungstatbestände und Merkmalabgrenzungen, des Berichtskreises sowie der Erhebungs- und Aufbereitungswege war hilfreich, daß die Fachkollegen aus Mecklenburg-Vorpommern aufgrund ihrer Kontakte zum Partnerland Schleswig-Holstein konkrete Vorschläge für die künftige Durchführung unterbreiten konnten. Während sich der Kreis der Auskunftspflichtigen für die Geflügelstatistik (Brütereien, Geflügelschlachtereien, Hennenhaltungen) und Milchstatistik (Meiereien) aus vorhandenen Unterlagen entnehmen und direkt befragen ließ, befanden sich die für die Schlachtungsstatistik auskunftspflichtigen Verwaltungsstellen (Kreisveterinärbehörden, Meldestellen nach 4. DVO zum Vieh- und Fleischgesetz) in der Umstrukturierung oder im Aufbau. Angaben über die Zahl der Schlachttiere mußten bei den für die Beschau zuständigen Stellen und Schlachtgewichte vorerst auf freiwilliger Basis bei den Schlachtbetrieben eingeholt werden.

Mit gleicher Dringlichkeit war in der ersten Hälfte des Monats Oktober eine totale Viehzählung für den Erhebungszeitpunkt 3. Dezember 1990 nach bundeseinheitlichem Erhebungskatalog methodisch und organisatorisch vorzubereiten. Um die Erhebung in der noch zur Verfügung stehenden Zeit von nicht einmal zwei Monaten überhaupt durchführen zu können, wurde ein vereinfachtes Erhebungsverfahren vereinbart und angewendet:

- Direkte Befragung der Betriebe der bisherigen sozialistischen Landwirtschaft und der anderen registrierten landwirtschaftlichen Betriebe über einzelbetriebliche Erhebungsbogen durch die Statistischen Ämter der Länder.
- Erfassung der Tierbestände der individuellen Tierhaltung und von inzwischen neu entstandenen landwirtschaftlichen Betrieben über Zähllisten durch die Gemeindeverwaltungen.

Die Betriebe und Erhebungsstellen konnten sich damit weitgehend am bisherigen Erhebungsverfahren orientieren. Gleichzeitig ließ sich die statistische Erfassung

und Aufbereitung auf etwa 1 000 Betriebs- und 1 000 bis 1 500 Gemeindegemeinschaften pro Land begrenzen. Die erforderlichen Erhebungs- und Organisationspapiere wurden kurzfristig erarbeitet von einer kleinen Gruppe von Fachkollegen aus einem neuen und einem alten Bundesland, dem Statistischen Bundesamt sowie dem Gemeinsamen Amt für die fünf neuen Bundesländer, das aus einem Teil des früheren Statistischen Amtes der DDR in Ostberlin hervorgegangen war. Von letzterem wurde auch der Druck von Anschreiben, Anleitungen und Erhebungsbogen sowie deren Transport über einen Kurierdienst in die Statistischen Ämter der Länder übernommen. Hilfreich war ein vom Präsidenten des Statistischen Bundesamtes allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der neuen Bundesländer übersandtes Schreiben, in dem auf die Bedeutung und Notwendigkeit der amtlichen Statistik hingewiesen und um Unterstützung der Gemeinden bei der Dezemberviehzählung gebeten wurde.

Erschwerend auf das Erhebungsgeschäft wirkte sich in dieser Zeitphase dagegen die Neuorganisation des Statistischen Dienstes in den neuen Bundesländern aus. Die Statistischen Landesämter wurden überwiegend am Sitz der Landesregierung und mit (vorerst) Nebenstellen in den anderen früheren Bezirksstellen für Statistik errichtet. Die Agrarstatistik wurde auf jeweils einen Standort konzentriert, und zwar auf Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern, Frankfurt/O. in Brandenburg, Magdeburg in Sachsen-Anhalt, Gera in Thüringen und Leipzig in Sachsen. Gleichzeitig wurde die Auflösung der früheren Kreisstellen für Statistik eingeleitet. Damit ging eine bisher größere Ortsnähe verloren, und ein Wechsel der für die Durchführung der Agrarstatistik zuständigen Mitarbeiter war damit verbunden. Im November 1990 wurde die bereits seit dem Spätsommer geplante grundlegende Informationsveranstaltung mit folgenden Beiträgen durchgeführt:

- Organisation der Agrarstatistik im Statistischen Bundesamt und in den Statistischen Landesämtern,
- Durchführung der zentralen Erhebungen Viehzählung, Bodennutzungshaupterhebung und Landwirtschaftszählung,
- Aufbau und Funktion des Betriebsregisters Landwirtschaft,
- maschinelle Aufbereitung der Agrarstatistiken.

Die Fachreferenten übergaben — wie auch bei späteren Veranstaltungen — den Teilnehmern umfangreiches Informationsmaterial (gesetzliche Grundlagen, Arbeits- und Zeitpläne, Organisations- und Erhebungsunterlagen, Aufbereitungsunterlagen, Ergebnismeldungen, Statistische Berichte und Veröffentlichungen). Bereits als die Statistiken der tierischen Produktion und der Dezemberviehzählung so kurzfristig zu organisieren

waren, wurde erkannt, daß über eine einführende Vorstellung der Erhebungen hinaus es nötig sei, die Vorbereitung, Durchführung und Aufbereitung bis zur Ergebniserstellung mit Beratung und kontinuierlichem Erfahrungsaustausch zu begleiten. Dadurch wurde ein an den Voraussetzungen und Möglichkeiten der neuen Bundesländer orientierter Erhebungsablauf schrittweise erarbeitet. Nach diesem Konzept wurde in der Folge anstehender Erhebungen verfahren, und es bildete sich eine „Arbeitsgruppe über das agrarstatistische Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm für die neuen Bundesländer“. Es erwies sich als sehr vorteilhaft, die spezifischen Probleme der neuen Bundesländer während der Überleitungsphase vorübergehend aus den Sitzungen der Agrarstatistikreferenten des gesamten Bundesgebietes herauszunehmen und im kleineren Kreise dieser Arbeitsgruppe zu behandeln.

Auf diese Weise konnten alle fünf neuen Bundesländer termingerecht Anfang Januar 1991 statistisch gesicherte vorläufige Ergebnisse der Dezemberviehzählung bereitstellen, die für die Bewertung der Entwicklung in der Landwirtschaft dringend benötigt wurden. Weil das Ergebniskonzept von dem im alten Bundesgebiet abwich (Zähllisten der Gemeinden, fehlendes Betriebsregister), konnten noch keine bundeseinheitlichen Verbundprogramme eingesetzt werden. In dem für eine Übergangszeit eingerichteten Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Länder wurde das Aufbereitungsprogramm erstellt und wurden nach der Datenerfassung in den Statistischen Landesämtern auch die Plausibilitätskontrollen durchgeführt und die Ergebnisse erstellt.

Betriebsregister und Landwirtschaftszählung

Voraussetzung für die Durchführung der allgemeinen Landwirtschaftszählung im Mai 1991 war der Aufbau eines bis dahin funktionsfähigen Betriebsregisters. Datengrundlagen dafür bildeten im wesentlichen die frühere Betriebsdatei der DDR-Agrarstatistik, Angaben zur Dezemberviehzählung 1990 und eine Befragung der Betriebe der früheren sozialistischen Landwirtschaft im Rahmen einer abschließenden Berichterstattung zur Marktproduktion tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse am Jahresende 1990 nach der Veränderung ihrer betrieblichen Einheit. Die betrieblichen Registermerkmale erfaßten — mit Ausnahme von Brandenburg — die Statistischen Ämter der neuen Länder selbst, der Aufbau und die Führung des Betriebsregisters Landwirtschaft für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen wurden dem Gemeinsamen Statistischen Amt (GESTAL) übertragen. Für Brandenburg übernahm das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) des Partnerlandes

Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf diese Aufgaben, auch die weitere Datenverarbeitung und andere technische Arbeiten.

Gemeinsam mit der Landwirtschaftszählung 1991 wurden die Feststellung der betrieblichen Einheiten, die Bodennutzungshaupterhebung und — abweichend zu den alten Bundesländern — eine integrierte Viehzählung durchgeführt. Letztere war notwendig, da die Viehbestände vom Dezember 1990 wegen der starken betrieblichen und strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft verbreitet nicht mehr zu den betrieblichen Einheiten im Mai 1991 paßten. Diese Viehzählung im Mai sollte gleichzeitig die Viehwischenzählungen der Schweine im April und der Rinder/Schafe im Juni ersetzen. Durch die Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 wurde die untere Erfassungsgrenze der Bodennutzungserhebung und Viehzählung einmalig der der Landwirtschaftszählung angeglichen und damit auf die Erfassung von kleinen landwirtschaftlichen Flächen und kleinen Nutztierbeständen im Mai 1991 verzichtet. Weiterhin setzte die Verordnung — aufgrund der von den alten Bundesländern noch verbreitet abweichenden betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse — die Fragen zur Hofnachfolge und Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften aus. Dagegen wurde ergänzend der Arbeitsbereich der in Gütern, Genossenschaften, Kommunal- und sonstigen landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten erfragt.

Eine stichprobenweise Erfassung des Repräsentativteils der Landwirtschaftszählung war wegen einer unzureichenden Auswahlgrundgesamtheit und fehlender Auswahlmerkmale nicht möglich, vielmehr mußte das gesamte Programm der Landwirtschaftszählung total erhoben werden. Wie bei der Viehzählung wurden Güter, Genossenschaften und ihre Nachfolgebetriebe direkt befragt, die übrigen Betriebe durch die Gemeindeverwaltungen über einzelbetriebliche Erhebungsbogen erfaßt. Bis auf den LZ-Fragebogen (Druckvergabe) wurden die Erhebungsunterlagen (Fragebogen, Anleitungen, Etiketten, Adreßlisten) im GESTAL Berlin und im LDS Nordrhein-Westfalen gedruckt bzw. beschriftet. Für die Erhebungsbeauftragten oder Erhebungsstellen in den Kreisen führten Mitarbeiter der Statistischen Landesämter erstmals landesweite Schulungen durch und schauten sich dazu auch in ihren Partnerländern um. Die Datenerfassung wurde zügig abgewickelt. Das GESTAL Berlin und das LDS Nordrhein-Westfalen konnten für die neuen Bundesländer aus dem noch weitgehend unbereinigten Datenmaterial durch Einsatz von Hilfsprogrammen vorläufige Bodennutzungs- und Viehzählungsergebnisse bis Mitte Juli sowie Betriebsgrößen- und Viehbestandsgrößen-Strukturergebnisse bis Ende Juli 1991 erstellen. Ab diesem Zeitpunkt kamen bei der einzelbetrieblichen Plau-

sibilitätsprüfung der Viehbestände und Bodennutzung sowie der Arbeitsverhältnisse und anderen Merkmalkomplexe der Landwirtschaftszählung die bundeseinheitlichen Verbundprogramme zum Einsatz. Gegen Redaktionsschluß war die Fehlerbereinigung praktisch abgeschlossen, so daß die endgültigen Tabellen geschrieben werden können.

Nachfolgende Viehzählungen und Bodennutzungserhebungen

Auch die folgenden Viehwischenzählungen im August (Schweine) und Dezember (Rinder/Schafe/Schweine) 1991 sowie im April, im Juni und im August 1992 erforderten ein erhebungstechnisch modifiziertes Vorgehen. Neben der direkten Befragung des bisherigen betrieblichen Bereiches wird der übrige Tierhaltungsbereich durch eine Flächenstichprobe — und zwar eine geschichtete Auswahl von 10 % der Gemeinden — durch Erhebungsbeauftragte der Gemeinden erfaßt. Ab der allgemeinen Viehzählung im Dezember 1992 wird auch dort bundeseinheitlich erhoben und ausgewertet. Es müssen dann über den Betriebsbereich der Landwirtschaftszählung hinaus alle anderen Viehhaltungen in das Betriebsregister aufgenommen werden.

Der Betriebskreis für die Gemüseanbauerhebung im Sommer 1991, die Obstanbauerhebung im ersten Halbjahr 1992, die Gemüse- und Zierpflanzenanbauerhebung sowie Baumschulerhebung im Sommer 1992 wurde vornehmlich den Angaben zur Bodennutzungshaupterhebung 1991 entnommen. Es handelt sich dabei um eine jeweils nur relativ kleine Anzahl von Betrieben. Da die Bodennutzungshaupterhebung mit einer heraufgesetzten unteren Erfassungsgrenze durchgeführt wurde, ist mit einer gewissen Untererfassung im kleinbetrieblichen Bereich zu rechnen. Zur Auskunftserteilung werden die meist über die Bundesländer verstreut liegenden Betriebe teilweise direkt angeschrieben.

Erhebungen zum Weinbau wurden 1991 noch nicht durchgeführt, statt dessen wurde auf Angaben der Weinbauverbände, Genossenschaften und Staatsgüter zurückgegriffen. Über die künftigen statistischen Arbeiten konnten sich die zuständigen Mitarbeiter der weinbaubetriebenden neuen Länder im Februar 1992 in Rheinland-Pfalz informieren. Der Weinbau hat nur in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen eine gewisse regionale, aber insgesamt kleine Bedeutung. Die Erfassung der Weinbestände und der Lagerbehälterkapazitäten lief 1991 bundeseinheitlich ab.

Bei der Bodennutzungshaupterhebung (Anbau auf dem Ackerland) und der Arbeitskräfteerhebung im Mai 1992

ist erstmals eine einzelbetriebliche Stichprobenauswahl vorgesehen. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe der Landwirtschaftszählung 1991 bilden die Grundgesamtheit. Bei der Schichtabgrenzung sollen nicht nur die in der Geflügel- und Schweinehaltung, sondern auch in der Rinderhaltung vorhandenen Großbestände gesondert berücksichtigt werden. Auch die land-/forstwirtschaftlich genutzten Kleinflächen sind diesmal gemäß den bundesgesetzlich festgelegten Erfassungsgrenzen einzubeziehen. Über einen gesonderten Fragebogen wird außerdem die Rechtsform der Betriebe detailliert erfaßt.

Ernteerhebungen, Betriebs- und Marktwirtschaftliche Berichterstattung

Bis zur Jahresmitte 1991 waren neben den laufenden Erhebungen auf den Betrieben auch die Berichterstat-terkreise für die Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen in der Landwirtschaft sowie die Ernteberichterstattung für Feldfrüchte/Grünland, Gemüse und Obst aufzubauen. Zunächst wurde möglichst repräsentativ auf die Güter und Genossenschaften zurückgegriffen und an die früheren Verbindungen im Rahmen der ehemaligen Berichterstattung anzuknüpfen versucht. Die starken strukturellen Veränderungen unter den Betrieben bedingten eine erhebliche Fluktuation und damit notwendige Neuanwerbung von Betrieben, so daß sich die angestrebte Zahl meldender Betriebe im Anlaufjahr kaum erreichen ließ. Ein besonderes Augenmerk besteht darin, Wieder- oder Neueinrichter unter den landwirtschaftlichen Betrieben angemessen zu berücksichtigen.

Bis zum Jahre 1990 wurde im Beitrittsgebiet die gesamte Kartoffel- und Getreideernte verwogen. Da es dafür keine rechtliche Basis mehr gibt, müssen ab 1991 die Erntemengen aus Anbauflächen und durchschnittlichen Hektarerträgen errechnet werden. Während die Bodennutzungshaupterhebung die Anbauflächen liefert, müssen die durchschnittlichen Hektarerträge der Kartoffeln und Getreidearten durch die Besondere Erntermittlung (BEE) repräsentativ ermittelt werden. Weil eine entsprechende Ausrüstung (Meßzirkel, Dreschmaschine) fehlt und Erntekommissionen noch nicht gebildet sind, ließ sich das Probeschnittverfahren noch nicht anwenden. Für eine Übergangszeit bis 1994 können in den neuen Bundesländern die durchschnittlichen Hektarerträge der Getreidearten über repräsentativ ausgewählte Volldruschfelder ermittelt werden. Bei den Kartoffeln wurden Proberodungen durchgeführt. Nur in Mecklenburg-Vorpommern wurde 1991 anhand der Anbauflächen der Güter und Genossenschaften von 1990 eine flächenproportionale Zufallsauswahl der BEE-Betriebe vorgenommen und auf diesen anhand der ak-

tuellen Anbauflächen im Betrieb ein Volldruschfeld ausgewählt. In den übrigen Ländern wurden sowohl bei den einzelnen Getreidearten als auch den Kartoffeln jeweils drei bis vier Felder pro Landkreis nach allgemeinen Betriebs- und Standortkenntnissen herangezogen. 1992 werden in allen neuen Bundesländern die Volldruschbetriebe durch eine maschinelle Zufallsauswahl bestimmt. Wie in der Mehrzahl der alten Bundesländer führen auch im Beitrittsgebiet Mitarbeiter der den Ministerien nachgeordneten Landwirtschaftsämter die praktischen Arbeiten vor Ort durch.

Flächenerhebung, Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke

Die Information und Unterstützung für diese Erhebungen sind in der Zuständigkeit einer anderen Fachgruppe des Statistischen Bundesamtes eingeleitet worden. Die Flächenerhebung 1993 wird nur die Realnutzung, d. h. die im Liegenschaftskataster verzeichnete Nutzung der Bodenflächen umfassen, während die Erfassung der geplanten, nach einem Flächennutzungsplan zulässigen Nutzung in den neuen Bundesländern dieses Mal ausgesetzt werden soll. Für die Statistik der Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke wurde bereits im ersten Halbjahr 1991 Verbindung zu den Finanzbehörden der betreffenden Länder aufgenommen und der Umfang der Datenlieferung und der Erhebungsweg abgesprochen. Die Bearbeitung der Verkaufsfälle des Jahres 1991 ist angelaufen. Da Ertragsmeßzahlen für die veräußerten Flurstücke häufig nicht vorhanden sind, muß bei der Auswertung ersatzweise mit Durchschnittswerten der Gemeinden gearbeitet werden.

Ausblick

Seit die bundesdeutschen Rechtsvorschriften auch für das Beitrittsgebiet gelten, konnten durch eine von allen Seiten sehr engagierte freundschaftlich-kollegiale Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe die Erhebungen auf allen Gebieten der sehr vielfältigen Agrarstatistik — häufig unter Anwendung landesindividueller Lösungen — planmäßig durchgeführt und statistisch gesicherte Ergebnisse termingerecht bereitgestellt werden. Ein anfänglich notwendiger Sitzungsturnus von zwei bis drei Wochen hat sich inzwischen auf sechs bis acht Wochen erweitert. Anfang Mai 1992 ist die 30. Zusammenkunft, seit die Arbeitsgruppe vor 20 Monaten erstmals zusammenkam, vorgesehen. Die Besprechungen fanden überwiegend in der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes statt, häufig auch in Verbindung mit Referentenbesprechungen in Wiesbaden und Bonn sowie anläßlich von Son-

derthemen auch je einmal in Leipzig, Kiel und mit eingeschränktem Teilnehmerkreis zum Thema Weinbau in Bad Kreuznach.

An den Arbeitsgesprächen haben im zurückliegenden Zeitraum bei stetig wechselnder Besetzung der Arbeitsgruppe insgesamt mehr als 100 Personen aus den Statistischen Ämtern der neuen und alten Bundesländer, dem Gemeinsamen Amt, dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesernährungsministerium teilgenommen. Erschwernisse ergaben sich in der Aufbauphase durch einen wiederholten Mitarbeiterwechsel in den neuen Bundesländern und durch die Konzentration der Agrarstatistik von ursprünglich drei Bezirksstellen auf eine Außenstelle des jeweiligen Statistischen Landesamtes. Die nochmalige Verlagerung der agrarstatistischen Arbeitsbereiche von der Außenstelle zur Zentrale des Statistischen Landesamtes — von Neubrandenburg nach Schwerin zum 1. Januar 1992 und von Leipzig nach Kamenz bei Dresden in der zweiten Jahreshälfte 1992 — sind mit einer erneuten Mitarbeiterfluktuation verbunden.

Sehr hilfreich für die Überleitung der bundesdeutschen Agrarstatistik wirkte sich die vorübergehende Tätigkeit des Gemeinsamen Statistischen Amtes — besonders für die Erstellung von Erhebungsunterlagen und Hilfsprogrammen sowie für die maschinelle Aufbereitung — und die Übernahme entsprechender Arbeiten für Brandenburg durch das LDS Nordrhein-Westfalen aus. Mit der Auflösung des Gemeinsamen Amtes in der ersten Hälfte des Jahres 1992 müssen nunmehr die Verbundprogramme schrittweise in den Statistischen Landesämtern zum Einsatz kommen. Im Bedarfsfall ist hier unmittelbare nachbarschaftliche Hilfe durch die Partnerländer angezeigt. Mit der bundeseinheitlichen Abwicklung der allgemeinen Viehzählung im Dezember 1992 und einem dann vollständig aufgebauten und funktionsfähigen Betriebsregister Landwirtschaft dürfte der Auftrag der „Arbeitsgruppe über das agrarstatistische Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm der neuen Bundesländer“ erfüllt sein.

Dr. Hans-Siegfried Grunwaldt

Der Aufbau des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern

Die Einführung des föderativ gegliederten Gesamtsystems der amtlichen Statistik

Volker Pawlitzki

Der Autor war lange Jahre Dezernent und Abteilungsleiter im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, wurde Anfang 1991 kommissarischer Leiter und Anfang 1992 Direktor des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern.

Die beherrschende, in alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens hineinwirkende Aufgabe der Gegenwart und der nahen Zukunft in Deutschland ist es, die Zeit des Umbruchs und des Wiederaufbaus dazu zu nutzen, die Lebensverhältnisse im östlichen Teil unseres vereinigten Landes denen der alten Bundesländer so schnell wie möglich anzupassen und dabei im weltweiten Wettbewerb der Volkswirtschaften weiterhin Schritt zu halten. Wie und mit welcher Einstellung wir diese Aufgabe lösen, wird den weiteren Weg unseres Landes und unsere Lebensbedingungen für Jahrzehnte tief beeinflussen. Worauf kommt es in dieser Situation an? Wenig hilfreich ist das tägliche Wechselbad von hoffnungsvollen oder besorgten Prognosen, von immer neuen Vorschlägen und Ideen. Erforderlich ist dagegen auf der einen Seite die nüchterne Analyse der in den neuen Ländern zu bewältigenden Aufgaben, ihrer Prioritäten und Lösungswege, auf der anderen Seite eine ehrliche und selbstkritische Haltung gegenüber den anstehenden Problemen. Nur so werden wir die großen Herausforderungen menschlicher, wirtschaftlicher und sozialer Art meistern.

Der Beitrag der amtlichen Statistik zur Gestaltung des Erneuerungsprozesses

Für die Bewältigung der Probleme in den neuen Bundesländern ist es von besonderer Bedeutung, statistische Informationen zu haben. Die Notwendigkeit, amtliche statistische Daten zur Verfügung zu haben, wurde bereits im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion verankert und findet sogar in einem speziellen „Statistik“-Kapitel des Einigungsvertrages ihren Niederschlag, sicher aus der Einschätzung heraus, daß statistische Ergebnisse eine Vorbedingung für die Planmäßigkeit staatlichen Handelns sind, das verfassungsrechtlich dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Planvolles Handeln setzt zwingend die

Analyse der Lage und die Prognose der voraussichtlichen Entwicklung voraus. Durch die Bereitstellung dafür benötigter Informationen kann die amtliche Statistik nach den im Bundesstatistikgesetz festgelegten Grundsätzen der Objektivität, Neutralität, wissenschaftlichen Unabhängigkeit und statistischen Geheimhaltungspflicht einen beachtlichen Beitrag zur Gestaltung des Erneuerungsprozesses leisten.

Die Träger der amtlichen Statistik in den alten Bundesländern — die statistischen Ämter des Bundes und der Länder — erkannten sehr schnell die Aufgabe, daß gerade die Statistik bei diesem Prozeß gefordert ist. So begannen bereits unmittelbar nach der Öffnung der Mauer und der politischen Wende in der ehemaligen DDR Kontakte zwischen Statistikern hüben und drüben. Im März 1990 nahm die Arbeitsgruppe „Deutsche Statistik“ ihre Arbeit in Berlin auf, und gleichzeitig entwickelten sich intensive Beziehungen auf der Ebene der statistischen Landesämter.

Statistik in der ehemaligen DDR

Unmittelbar nach der Wende fand die zentral gesteuerte Statistikproduktion in der DDR ihr Ende. Statistik hatte bis dahin hauptsächlich dem gesamtstaatlichen Informationsbedürfnis gedient, also der Planung, Leitung und Überwachung der zentral gelenkten Kommandowirtschaft. Statistische Ergebnisse waren der Öffentlichkeit kaum zugänglich, die Statistiker hatten kein Recht zur Veröffentlichung der ermittelten Zahlen. Politiker präsentierten propagandistisch die Ergebnisse, abgestimmt auf die jeweiligen Ziele des sozialistischen Systems; sie sollten auf positive wirtschaftliche und soziale Entwicklungen schließen lassen, getreu einem Kernsatz in einem DDR-Statistik-Lehrbuch, nämlich daß „der Klassencharakter im sozialistischen Staat in der bewußten Parteilichkeit der Statistik“ besteht.

Das Statistische Bundesamt kommt in einer Spezialuntersuchung „Zur Validität der statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR“ folgerichtig zu der Feststellung, daß die ermittelten Zahlen nicht mit den veröffentlichten Zahlen gleichzusetzen waren. Die DDR-Statistik hat danach im wesentlichen die Wirklichkeit widergespiegelt, sie war realistisch in der Nachzeichnung von Entwicklungen. Auftretende Unstimmigkeiten zwischen dem von der Statistik abgebildeten Ist-Zustand und den jeweiligen Planvorgaben wurden intern in der Regel dadurch beseitigt, daß man die Planvorgaben der tatsächlichen Entwicklung anpaßte, d. h. der Plan folgte dann oft der Wirklichkeit. Doch Statistik blieb „Zuarbeit für Politiker“ und war damit deren Interpretation, der Nicht-Veröffentlichung oder der Weglassung einzelner Zahlen bei der öffentlichen Darstellung ausgeliefert.

Folgerichtig wurde daher unmittelbar nach der Wende verfügt, Statistiken mit vorwiegend propagandistischem Hintergrund zu streichen (z. B. Neuererwesen, Wissenschaft und Technik, Dekadenmeldungen aus der Wirtschaft) sowie sämtliche Planangaben in den Erhebungsbögen zu tilgen.

Die aufbauorganisatorische Ausgangssituation

Die Statistik in der DDR war zentralistisch organisiert mit einer Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in Ost-Berlin und direkt unterstellten Bezirks- und Kreisstellen für Statistik im Lande. Auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern gab es bis zur Wiedervereinigung Bezirksstellen in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin sowie 37 Kreisstellen mit insgesamt 450 Mitarbeitern. Sie hatten die statistischen Grunddaten für die zentralen, regionalen und örtlichen Organe der Partei und Regierung, vor allem als Mittel der Kontrolle der Plandurchführung, zu liefern.

Die Bezirksstellen für Statistik zeigten generell folgende Aufbauorganisation:

- Informationsfluß und Datenverarbeitung mit den Abteilungen
 - Planung und Kontrolle
 - Industrie
 - Bau, Verkehr, Investitionen und Grundmittel
 - Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft
 - Arbeits- und Lebensbedingungen
- Analyse mit den Abteilungen
 - Bereichsanalysen
 - Gesamtanalyse

Der Leitung einer Bezirksstelle war direkt das Bezirkszählbüro (Bevölkerung und Wahlen) unterstellt.

Gesetzliche Grundlagen zur Überleitung des Systems der Bundesstatistik

Am 18. 5. 1990 verabschiedete die Volkskammer den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Hinsichtlich der amtlichen Statistik in der DDR war danach die Kompatibilität der DDR-Statistik zu den Bundes- und EG-Statistiken herzustellen. Mit der Verabschiedung des DDR-Statistikgesetzes am 20. Juli 1990 bestimmte die Volkskammer u. a., daß bis zur Ausgestaltung der Funktionsfähigkeit der statistischen Landesämter die Aufgaben der amtlichen Statistik in den Ländern auch weiterhin durch die Bezirks- und Kreisämter wahrzunehmen sind.

Dieses Gesetz korrespondierte mit dem Ländereinführungsgesetz vom 22. 7. 1990. Nach § 13 dieses Gesetzes sollten die zukünftigen Bundesländer für die Errichtung von Landesbehörden, so auch eines Statistischen Landesamtes in Mecklenburg-Vorpommern, zuständig sein. Die organisatorischen Überlegungen für den Aufbau eines Statistischen Landesamtes flossen zusammen im Regionalausschuß zur Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern.

Inzwischen war auch der Einigungsvertrag von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet worden, der am Tage der Wiedervereinigung — am 3. Oktober 1990 — in Kraft trat. In der Anlage 1 zum Einigungsvertrag Kapitel XVIII wurde die Überleitungsphase für die Bundesstatistik u. a. in der Weise geregelt, daß für höchstens zwei Jahre ein Gemeinsames Statistisches Amt der fünf neuen Bundesländer (GeStAL) mit einem zugeordneten Datenverarbeitungszentrum (Statistik) als Übergangseinrichtung in Berlin gebildet wurde. Dieses Gemeinsame Amt sollte dann aufgelöst werden, sobald sich selbständige statistische Ämter in den neuen Bundesländern herausgebildet haben.

Die Zusammenarbeit der Statistiker aus Mecklenburg-Vorpommern mit ihren Partnern beginnt

Schon vor den ersten Volkskammerbeschlüssen entfalteten sich lebhafte Kontakte zwischen den Statistikern aus der DDR und der Bundesrepublik, so auch zwischen den drei Bezirksämtern Neubrandenburg, Rostock und Schwerin und den statistischen Landesämtern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein. Am 6. März 1990 traf man zum ersten Mal offiziell gemeinsam in Schwerin zusammen.

Im Vordergrund standen zunächst die Organisation und Durchführung von Informations- und Schulungssemina-

ren zu fast allen Bereichen der Bundesstatistik. Als äußerst effektiv erwiesen sich vor allem längere Praktikumsaufenthalte in statistischen Landesämtern, die die bilateralen Partnerschaften besonders begründeten und förderten. In den intensiven gemeinsamen Beratungen und personellen Unterstützungen mit dem Ziel, die Arbeitsfähigkeit der amtlichen Statistik in Mecklenburg-Vorpommern während der komplizierten Phase der Umstellung auf das System der Bundesstatistik zu erhalten und die Statistiker in Mecklenburg-Vorpommern inhaltlich darauf vorzubereiten, wurde gemeinsam die Grundlage für eine zügige und erfolgreiche Arbeit gesehen. Folgerichtig vereinbarten die Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einer „Gemeinsamen Erklärung zur Unterstützung bei der Überleitung der Bundesstatistik“ am 11. 9. 1990 für die neuen Bundesländer ein in fünf Punkten zusammengefaßtes Hilfsprogramm, das die Kräfte der amtlichen Statistik der alten Länder bilateral wie gemeinschaftlich bündelte.

Konzepte für ein Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

Das Jahr 1990 war geprägt von der Suche nach der optimalen Organisationsform für ein Statistisches Landesamt in Mecklenburg-Vorpommern. Die drei noch bestehenden Bezirksämter im Lande bemühten sich zwar um eine gemeinsame Linie, sie wurde jedoch immer wieder regionalpolitisch verfremdet. Größe und vor allem Sitz des Landesamtes waren die dominanten Themen. Nach eingehenden Diskussionen zwischen den drei Bezirksamtsleitern entstand eine gemeinsam von den Bezirksämtern getragene Konzeption mit Datum vom 19. 9. 1990, die dem Regionalausschuß für Mecklenburg-Vorpommern als Empfehlung für den Aufbau eines Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt wurde. In diesem Konzept wurde von ähnlichen Ausgangsbedingungen für ein Statistisches Landesamt in den drei Standorten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin ausgegangen. Hinsichtlich Raumfläche, technischer Ausstattung, Rechenzentrum und Qualifikation des Personals gab es aus der Sicht der Autoren allerdings keine eindeutige Favoritenstellung für einen Standort. Der beigefügte Strukturplan sah daher 350 ständige Mitarbeiter in 7 Abteilungen und 27 Referaten vor, die, nach in sich geschlossenen Aufgabenkomplexen gegliedert, an den drei Standorten der bisherigen Bezirksämter arbeiten sollten. Der Hauptsitz wurde nicht festgelegt.

Dieses Kompromißpapier zwischen den drei Bezirksämtern vernachlässigte alle fachlich-organisatorischen Aspekte einer effektiven Arbeitsweise der amtlichen Statistik und stand den Erfahrungen in den alten Bundes-

ländern und dem Konzept der Bundesstatistik entgegen. Die Nachteile der vorgeschlagenen Dezentralisierung waren offensichtlich:

- Die räumliche Trennung statistischer Bereiche gewährleistet keinen optimalen und rationellen Personaleinsatz; sie gestattet keinen Ausgleich kurzfristiger saisonaler Schwankungen im Arbeitsanfall verschiedener Statistiken und von Personalfluktuationen.
- Eine räumliche Trennung hat redundante Einrichtungen für zentrale Dienste zur Folge, wie z. B. Verwaltung, Schreibdienst und Auskunftswesen. Darüber hinaus sind erforderliche technische Einrichtungen für den Datenschutz komplett mehrfach bereitzuhalten (Pförtnerdienst, Zugangskontrollsystem, Schadensüberwachungssysteme usw.).
- Die Nutzung zentraler Dateien durch verschiedene Bereiche ist bei einer dezentralen Ansiedlung von Statistikbereichen erschwert.
- Eine fachübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Dezernaten und vor allem zwischen den Fachbereichen und den Beschäftigten in der Datenverarbeitung ist nachhaltig gestört.
- Die Dezentralisierung erschwert die Information und Effektivität der Amtsleitung und gefährdet ein wesentliches Ziel der amtlichen Statistik, nämlich die Einzelstatistiken im Rahmen eines einheitlichen Systems untereinander abzustimmen und miteinander als Bausteine eines integrierten Konzeptes zu verzahnen.
- Kontakte des Amtes zu sämtlichen Fachressorts und zu zahlreichen Institutionen, die sich vorzugsweise im Umfeld der Landesregierung ansiedeln, können nicht optimal gestaltet werden.

Im Wissen um die Nachteile der vorgeschlagenen Lösung fertigte der Leiter des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Dr. Dieter Mohr, am 15. 10. 1990 eine ausführliche Stellungnahme zum obengenannten Konzept und resümierte aus Sicht und Erfahrung eines Statistischen Landesamtes in einem Flächenland mit etwa vergleichbarer Größe unter Beachtung fachlicher Effizienz und sparsamer Verwendung von Haushaltsmitteln:

- Das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern sollte an einem Ort und in einem zusammenhängenden Gebäudekomplex angesiedelt werden.
- Das Amt sollte am Sitz der Landesregierung angesiedelt werden.
- Das Amt sollte über ein eigenes Rechenzentrum, zumindest aber über das EDV Personal für Organisation und Programmierung verfügen.
- Das Amt sollte bei dieser Größe und der gegebenen Aufgabenstruktur 4 bis 5 Abteilungen mit jeweils 4 bis 6 Dezernaten umfassen.

- Die Personalausstattung sollte nach dem Aufgabenspektrum und anhand der Mengengerüste aller Einzelstatistiken bestimmt werden. Das Verhältnis höherer, gehobener und mittlerer Dienst sollte nach gegenwärtigem Stand etwa 10 : 25 : 65 betragen. Wegen der laufend steigenden Anforderungen ist eine Tendenz zu qualifizierten Tätigkeiten zu erwarten.
- Für die Erhebungen bei besonders über die Fläche verteilten Auskunftsstellen (Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Preisermittlungen, Bevölkerungsfortschreibung, Wohnungszählung) ist die Mitwirkung einer leistungsfähigen kommunalen Verwaltungsstruktur vorzusehen.

Diese Thesen bildeten die Grundlage für die weiteren Erörterungen und Planungen um das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern. Jetzt wurde auch vor allem die Forderung nach einer vollständigen Ansiedlung des Statistischen Landesamtes am Sitz der Landesregierung nachdrücklich erhoben und vertreten.

Der Errichtungsbeschluß vom 20. 12. 1990 und seine Folgen

In der Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern am 27. 10. 1990 fiel die Entscheidung, daß Schwerin Landeshauptstadt sein soll. Damit war auch eine Vorentscheidung für den Standort des Statistischen Landesamtes gefallen. Mit Beschluß vom 20. 12. 1990 errichtete folglich das Kabinett das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern als Landesoberbehörde im Geschäftsbereich des Innenministers mit alleinigem Sitz in Schwerin. Die statistischen Kreis- und Bezirksamter wurden ab 1. 1. 1991 auf das Land Mecklenburg-Vorpommern überführt und waren bis spätestens Ende 1991 zu einem Amt in Schwerin zusammenzuführen. Weiterhin wurde bestimmt, daß das neue Landesamt möglichst zum 1. 1. 1992 funktionsfähig sein sollte mit dem Ziel, eine weitere Beteiligung des Landes am Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer überflüssig zu machen. Mit der Errichtung des Statistischen Landesamtes war allerdings der Personalbestand von ca. 400 noch vorhandenen Mitarbeitern in den Kreis- und Bezirksamtern deutlich zu verringern.

Mit der Begründung zum Errichtungsbeschluß erkannte das Kabinett die mit einer Aufspaltung der Statistikaufgaben auf verschiedene Standorte verbundenen Nachteile und bestätigte im wesentlichen die Darlegungen in der obengenannten Stellungnahme des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein.

Unmittelbar im Zusammenhang mit dem Kabinettsbeschluß wurde ein Aufbaustab sowie ein kommissarischer Leiter des Statistischen Landesamtes berufen. Mitglieder des Aufbaustabes waren die drei Bezirksamtsleiter, ein Vertreter des Innenministeriums, ein Vertreter der ehemaligen Bezirksamts-Personalräte sowie der kommissarische Leiter als Vorsitzender.

Das Entwerfen und Abstimmen von Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Stellenplänen mit zunächst 276, später 250 Planstellen, bestimmte die ersten beiden Monate des Jahres 1991. Ende Februar 1991 legte der Aufbaustab dem Innenministerium einen Strukturplan vor: 5 Abteilungen (Allgemeine Abteilung, EDV-Abteilung, drei Fachabteilungen) mit 19 Dezernaten und insgesamt 276 Stellen, die auch zunächst in den Stellenplan-Entwurf der Landesregierung übernommen wurden. Das im Aufbaustab vereinbarte Besetzungsverfahren konnte nun beginnen: zunächst dem fachlich qualifizierten Personal in den Kreis- und Bezirksamtern alle Stellen in einem internen Ausschreibungsverfahren anbieten, um anschließend, falls nicht alle Stellen besetzt werden können, Einstellungen von außerhalb des Amtes vorzunehmen. Bis Ende Juni 1991 war die Phase der internen Suche abgeschlossen — ca. 170 Mitarbeiter, überwiegend aus dem Schweriner Umfeld, hatten das Angebot, im Landesamt zu arbeiten, angenommen. Nur wenige Mitarbeiter aus den Bezirken Neubrandenburg und Rostock konnten die Arbeitsplatzangebote in Schwerin nutzen, weil häufig persönliche oder familiäre Gründe entgegenstanden. Bis zum Jahresende 1991 konnte dann der Mitarbeiterstab durch öffentliche Ausschreibung auf zunächst 235 Stellen aufgestockt werden — der Landtag hatte inzwischen eine 10 %ige Stellensperre verfügt.

Vorzeitige Auflösung des Gemeinsamen Statistischen Amtes

Mit der Errichtung des ersten Statistischen Landesamtes in einem neuen Bundesland schon zum 1. 1. 1991 wurde sehr früh ein deutliches Signal in Richtung Gemeinsames Statistisches Amt der fünf neuen Bundesländer (GeStAL) in Ost-Berlin gesetzt. In dieser gemäß Einigungsvertrag vorgesehenen Übergangseinrichtung für höchstens zwei Jahre mußte man erstaunt und widerwillig zur Kenntnis nehmen, daß sich sehr schnell in den neuen Bundesländern das im § 1 des Bundesstatistikgesetzes verankerte „föderativ gegliederte Gesamtsystem“ der amtlichen Statistik auch im Beitrittsgebiet ohne Verzögerung durchsetzen wollte. Die sich herausbildenden statistischen Landesämter betrieben sehr zielstrebig die Realisierung der arbeitsteiligen Aufgabenerfüllung in der amtlichen Statistik, die im Rahmen der fachlichen Konzentration von den statistischen

Ämtern der Länder wahrzunehmen ist. Schon im August 1991 konnte daher der Verwaltungsausschuß des GeStAL die vorzeitige Auflösung der Übergangseinrichtung zum Jahresende 1991 und die Abwicklung des DVZ/Statistik zum Ende des Jahres 1992 beschließen.

Das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern zu Beginn des Jahres 1992

Mit demnächst 250 Mitarbeitern hat das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern die volle Arbeitsfähigkeit erreicht. Eine wichtige Vorgabe im Errichtungsbeschluß, nämlich bis zum 1. 1. 1992 ein funktionsfähiges Amt zu schaffen, wurde realisiert. Vom GeStAL bzw. DVZ/Statistik in Berlin wurden inzwischen ca. 95 % aller dort abgewickelten statistischen Aufgaben nach Schwerin überführt. In den nächsten Wochen werden auch die „Reste“ in Eigenregie übernommen. Das Datenangebot aus diesen Statistiken, aus den direkt in Mecklenburg-Vorpommern eingeführten Bundesstatistiken und aus rückgerechneten Zeitreihen, wird langsam anwachsen und in ein paar Jahren komplett zur Verfügung stehen.

Das Amt verfügt inzwischen neben der notwendigen personellen Grundausstattung auch über die technische Infrastruktur für Groß-EDV-Anwendungen in der DVZ/Schwerin. Hinzu kommen ein im Test befindliches Datenbanksystem, der fast fertiggestellte Aufbau hausinterner Informations- und Kommunikationstechnik, Teilanwendungen der automatisierten Bürokommunikation, PC-unterstützte mathematisch-statistische und graphische Verfahren und eine modern ausgestattete Druckerei — vieles davon finanziert aus EG-Mitteln (Phare-Programm). Zusammengenommen wird sich so eine Leistungssteigerung und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, eine Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit der Statistik bis hin zu einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinsichtlich Ergonomie und Qualifikation im Hause ergeben.

Für die anstehende Zeit sind jedoch noch wichtige Aufgaben in Mecklenburg-Vorpommern zu bewältigen:

- Im Vordergrund steht die weitere fachliche und technische Einführung der Bundesstatistiken, die im Januar 1991 begonnen wurde und voraussichtlich Ende 1992 beendet sein wird. Die vorzeitige Auflösung des GeStAL wird diesen Prozeß beschleunigen.
- Verabschiedung eines Landesstatistikgesetzes und Durchführung von Landesstatistiken
- Aufbau und Betrieb eines statistischen Informationssystems als Teil eines Landesinformationssystems

- Aufbau einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit Aussagen über das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern
- Rückrechnung alter DDR-Statistiken in methodischer und regionaler Hinsicht mit dem Ziel, rückwärtige Zeitreihen zu erstellen
- Durchführung einer Vielzahl von Großzählungen in den nächsten Jahren (1 %-Wohnungsstichprobe, Gebäude- und Wohnungszählung, Handwerkszählung, Handels- und Gaststättenzählung).

Beispielhafte partnerschaftliche Zusammenarbeit

Ein Jahr früher als im Einigungsvertrag vorgesehen konnte das GeStAL aufgelöst werden. Diese Maßnahme war nur durch eine enge Kooperation und Abstimmung zwischen den Statistischen Landesämtern der alten und neuen Bundesländer sowie dem Statistischen Bundesamt möglich. Sehr früh wurde kritisch erkannt, daß die Fortführung der traditionellen Bindungen der Kreis- und Bezirksämter an das GeStAL das dort monopolisierte, methodisch allein auf zentralstatistische Zwecke ausgerichtete Wissen und Verhalten und die dominierende Vormachtstellung bei der dv-technischen Ausstattung und Durchführung den Zielsetzungen der entstehenden neuen Landesämter, nämlich so schnell wie möglich selbständig und umgehend den Nutzen amtlicher Statistik für ihre jeweiligen Länder deutlich werden zu lassen, nachhaltig entgegenstand. Außerdem blieb während der Existenz des GeStAL immer völlig offen, wie der Arbeitsschnitt zwischen der Behörde in Berlin und den entstehenden Landesämtern erfolgen sollte.

Diese Erkenntnisse um die Unverträglichkeiten beflügelte geradezu eine beispielhafte Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern der alten und neuen Bundesländer. Das bewährte Partnerlandprinzip wurde noch intensiviert.

Für Mecklenburg-Vorpommern war die ständige personelle und organisatorische Hilfe aus Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein auf den Gebieten der Verwaltung, der Rechtsfragen, der Organisation, des Haushaltswesens und vor allem der vielen Statistiken die Grundlage für die erfolgreiche Einführung des Systems der amtlichen Statistik in diesem Bundesland. Der Beschluß der Leiter der statistischen Ämter des Bundes und der Länder vom 11. 9. 1990 hat sich als das entscheidende Instrument herausgestellt, die föderal organisierte Bundesstatistik auch föderal in den neuen Bundesländern zu etablieren. Jedes Landesamt in den alten Bundesländern hat unter Aufbieten aller Reserven und darüber hinaus kollegial Unterstützung geleistet; jedes neue Landesamt hat diese Hilfe dankbar und als

unverzichtbar angenommen. So hat sich die nun schon zwei Jahre andauernde Hilfe bewährt. Die amtliche Statistik hat ihre Aufgabe beim Aufbau demokratischer Strukturen in den neuen Bundesländern erkannt und angepackt und mit einer Gemeinschaftsleistung aller Statistiker eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß sie den Herausforderungen gewachsen ist. Der in der Kürze der Zeit erreichte Stand in Mecklenburg-Vorpommern und ebenso in den anderen neuen Bundesländern wird

den Stellenwert der amtlichen Statistik positiv beeinflussen. Die bisherige und auch zukünftig noch erforderliche Gemeinschaftsarbeit vom Statistischen Bundesamt und den jetzt 16 Statistischen Landesämtern wird sicherstellen, daß die amtliche Statistik in Ost und West sehr schnell den von ihr erwarteten Beitrag zur Bereitstellung von statistischen Grundlagen für wirksame wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen zur Gestaltung des Erneuerungsprozesses leistet.

Das Berufsbild Statistiker im Statistischen Landesamt

Versuch einer Standortbeschreibung

Mit den folgenden Ausführungen soll versucht werden, ausgehend von der Beschreibung der vielfältigen Aufgaben der leitenden Personen (höherer und gehobener Dienst) zu einem Anforderungsprofil für künftige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in leitenden Positionen der amtlichen Statistik zu gelangen. Da die Aufgaben der Statistischen Landesämter sich von denen des Statistischen Bundesamtes unterscheiden, können die Aussagen nur bedingt für die Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes gelten.

Die Aufgaben der amtlichen Statistik sind in § 1 des Bundesstatistikgesetzes wie folgt beschrieben: „Die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistik) hat im förderativ gegliederten Gesamtsystem der amtlichen Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informationstechniken. Durch die Ergebnisse der Bundesstatistik werden gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge für Bund, Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt.“

Die Aufgaben des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein sind im § 4 Abs. 2 des schleswig-holsteinischen Landesstatistikgesetzes wie folgt beschrieben:

„Aufgabe des Statistischen Landesamtes ist (hierbei),

1. diese Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten oder bei der Vorbereitung mitzuwirken,
2. im Rahmen dieser Statistiken Daten zu erheben, aufzubereiten und zu speichern sowie
3. statistische Ergebnisse in der erforderlichen Gliederung zu erstellen, in sachlich, räumlich und zeitlich vergleichbarer Form dauerhaft nutzbar zu speichern,

auszuwerten, in wissenschaftlichen Gesamtsystemen zusammenzufassen, weiterzugeben und zu veröffentlichen.“

In der Begründung hierzu ist bestimmt, daß der Begriff „Durchführung“ sehr weitgehend ist und die Aufgaben von der methodischen und technischen Vorbereitung einer Statistik bis zur Veröffentlichung ihrer Ergebnisse umfaßt.

„Hierzu gehören auch:

- Aufstellung, Veröffentlichung und Darstellung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Landeszwecke,
- Durchführung von Zusatzaufbereitungen für Landeszwecke und Sonderaufbereitungen für wissenschaftliche und planerische Zwecke,
- Durchführung von Prognose- und Modellberechnungen für Planungs- und Entscheidungszwecke,
- Beratung und Unterstützung anderer Stellen bei der Verwendung von verfügbaren statistischen Daten,
- Betrieb einer statistischen Datenbank.“

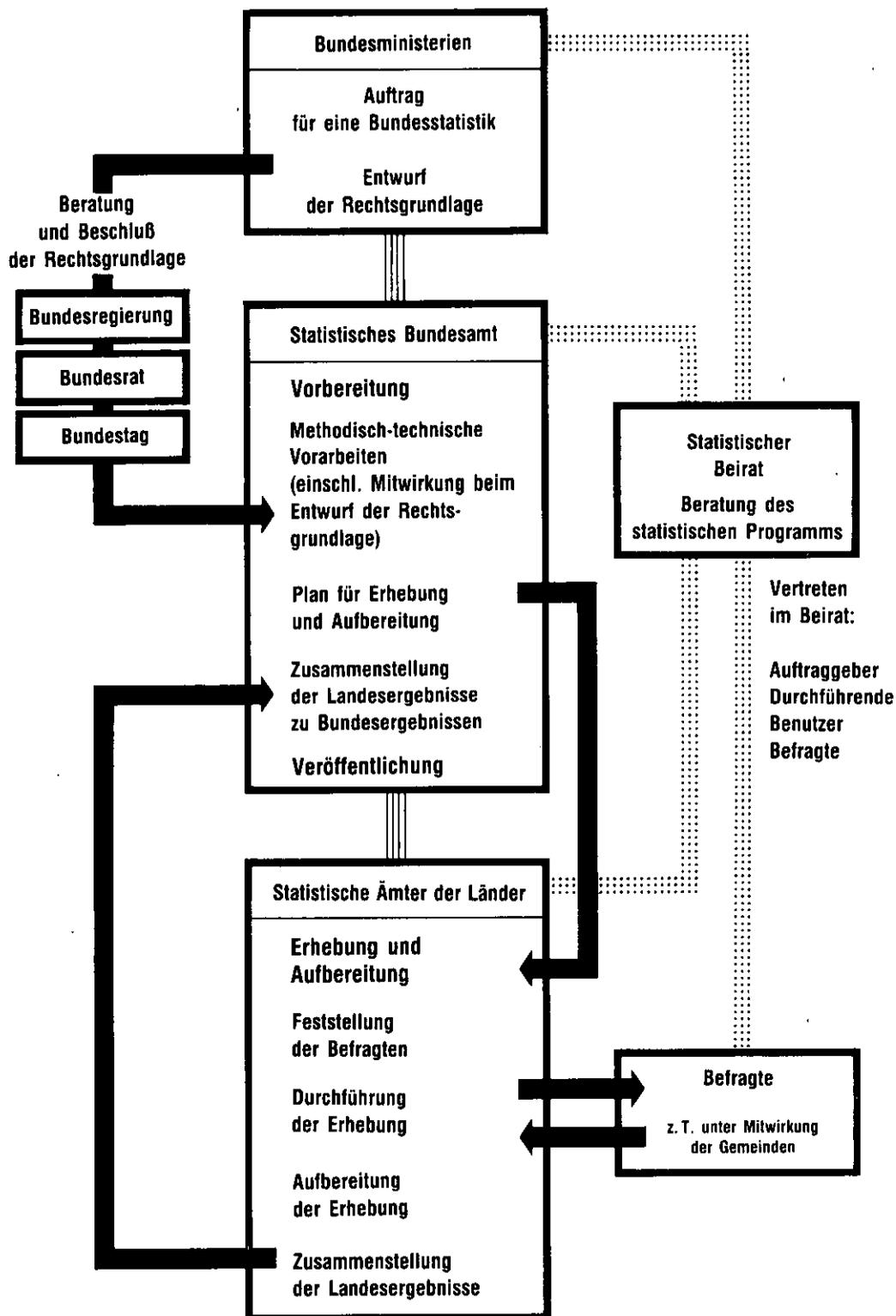
Die Einbindung des Statistischen Landesamtes in die Bundesstatistik und seine wichtigsten Aktivitäten zeigt die Übersicht.

Organisation des Statistischen Landesamtes

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein ist — wie die Mehrzahl der Statistischen Landesämter in den anderen Bundesländern auch — eine obere Landesbehörde im Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Der Organisationsplan zeigt eine Gliederung der Aufgabenbereiche in vier Abteilungen mit jeweils 4 bis 5 Dezernaten. Die Leitung eines Dezernats hat jeweils eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter mit abgeschlossener Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule. Unterstützt werden die Führungskräfte — vor allem in der technischen Durchführung — durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Dienstes.

Ablauf von Bundesstatistiken



Vereinfachte Darstellung. Bei zentral durchgeführten Statistiken übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Erhebung und Aufbereitung.

Quelle: Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik 1988, Statistisches Bundesamt 1988, S. 47

Organisationsplan

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
vom 1. Februar 1992

Leiter: Direktor des Statistischen Landesamts
Ständiger Vertreter

Gleichstellungs-
beauftragte

Vorsitzender
des Personalkrats

<p>1</p> <p>Allgemeine Abteilung</p> <hr/> <p>100</p> <p>Personal Haushalt Zentrale Dienste</p> <hr/> <p>110</p> <p>Rechtsangelegenheiten Datenschutz Öffentlichkeitsarbeit</p> <hr/> <p>120</p> <p>Entwicklung und Betrieb der statistischen Datenbank IT-Leitstelle</p> <hr/> <p>130</p> <p>Fachübergreifende Anfragen Regionalstatistik Veröffentlichungen Btx, Schreibdienst, Bücherei, Vertrieb</p> <hr/> <p>140</p> <p>Automatisierte Datenverarbeitung</p>	<p>2</p> <p>Finanzen, Steuern Gesamtrechnungen, Preise, Löhne Handel, Verkehr, Tourismus</p> <hr/> <p>200</p> <p>Staats- und Kommunalfinanzen Öffentlicher Dienst Geld und Kredit</p> <hr/> <p>210</p> <p>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Schätzung der Erwerbstätigen Systematiken, Redaktion der Monatshefte</p> <hr/> <p>220</p> <p>Umweltökonomische Gesamtrechnung</p> <hr/> <p>230</p> <p>Preise, Preisindizes Wirtschaftsrechnungen Löhne, Personalkosten Steuern</p> <hr/> <p>240</p> <p>Binnenhandel Außenhandel Tourismus Verkehr</p>	<p>3</p> <p>Produzierendes Gewerbe Umwelt Agrarproduktion Agrarstruktur</p> <hr/> <p>300</p> <p>Energie- und Wasserwirtschaft Verarbeitendes Gewerbe Handwerk</p> <hr/> <p>310</p> <p>Umwelt Baugewerbe Bautätigkeit Wohngeld</p> <hr/> <p>320</p> <p>Tierische Produktion Viehbestände Bodennutzung</p> <hr/> <p>330</p> <p>Agrarstruktur Arbeitskräfte Ernten Gartenbau</p>	<p>4</p> <p>Bevölkerung, Wahlen Arbeitsmarkt Soziales Bildung</p> <hr/> <p>400</p> <p>Bevölkerungsstand Bevölkerungsbewegung Bevölkerungsvorausberechnung Wahlen</p> <hr/> <p>410</p> <p>Mikrozensus Arbeitsmarkt Volks- und Wohnungszählung Arbeitsstättenzählung</p> <hr/> <p>420</p> <p>Gesundheit Sozialleistungen Rechtspflege</p> <hr/> <p>430</p> <p>Schulen Hochschulen Berufs- und Weiterbildung</p>
--	--	--	--

Anschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1;
Sitz des Amtes: Kiel, Fröbelstraße 15-17
☎ (0431) 6895-0, Durchwahl 6895... Telefax: (0431) 6895 498 Btx * 44450 *

Aktivitäten der amtlichen Statistik

Die Aktivitäten der amtlichen Statistik lassen sich in vier Hauptphasen gliedern:

1. Mitwirkung bei der Konzeption der gesetzlichen Grundlagen
2. Vorbereitung und Durchführung der Erhebung
3. Vorbereitung und Durchführung der Aufbereitung
4. Darbietung, Analyse und Veröffentlichung der Ergebnisse

Da etwa 90 Prozent der Arbeiten im Statistischen Landesamt Bundesstatistiken betreffen, können alle Aktivitäten nur in enger Abstimmung und Arbeitsteilung zwischen Statistischem Bundesamt und den Statistischen Landesämtern ablaufen, wobei die Statistischen Landesämter vor allem in den Phasen 2 bis 4 tätig sind. Insgesamt führt die amtliche Statistik etwa 200 laufende Statistiken unterschiedlichen Umfangs durch, hinzu kommen „einmalige“ Statistiken in mehrjährigem Turnus

wie z. B. Volkszählungen, Handels- und Gaststättenzählungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Arbeitskostenerhebungen u. a. Die einzelnen Aktivitäten innerhalb der vorgenannten Phasen sind in der folgenden Übersicht aufgeführt. Je nach Organisation einer Statistik können einzelne Aktivitäten wegfallen oder auch in anderer Reihenfolge anfallen.

1. Vor- und Rahmenplanung
 - Definition des Zwecks der Statistik
 - Sachliche und zeitliche Abgrenzung der Erhebung
 - Festlegung der Auskunftspflicht
 - Festlegung und Definition der Erhebungsmerkmale
 - Festlegung der Hilfsmerkmale
 - Entscheidung über das Erhebungsverfahren (z. B. Einsatz von Erhebungsbeauftragten)
 - Entscheidung über die Erhebungsmethode (z. B. Vollerhebung, Stichprobe)
 - Kostenkalkulation

2. Durchführung der Erhebung
 - Zeit- und Personalplanung und Haushaltsanforderungen
 - Entwurf und Herstellung der Erhebungspapiere
 - Materialbeschaffung
 - Öffentlichkeitsarbeit einschl. Werbung von Erhebungsbeauftragten
 - Schulung von Erhebungsbeauftragten
 - Auswahl der Erhebungseinheiten
 - Versand der Erhebungsunterlagen
 - Rücklaufkontrollen, Mahnungen
 - Durchführung von Zwangs- oder Bußgeldverfahren
3. Aufbereitung
 - Vorprüfung, Verschlüsselung der Angaben
 - Konzeption und Erstellung der Aufbereitungsprogramme
 - Datenerfassung
 - Prüfungen (Plausibilitätskontrollen) und Korrekturen
 - Hochrechnungen, Fehlerrechnung, Tabellierung
 - Sachliche Prüfung der Ergebnisse
4. Darbietung, Analyse, Veröffentlichung
 - Sachliche Auswertung und Analyse der Ergebnisse
 - Übermittlung der Ergebnisse an Haupt-Auftraggeber
 - Veröffentlichungen
Papier, elektron. Datenträger u. a.
 - Einspeicherung ausgewählter Ergebnisse in die statistische Datenbank
 - Durchführung von Zusatz- und Sonderaufbereitungen
 - Beratung der Statistik-Konsumenten
 - Erteilung von mündlichen und schriftlichen Auskünften

stellungen, Tabellenprogramme, Termine usw. mit den Ressourcen und den Gegebenheiten des eigenen Landes im Einklang stehen.

Im Statistischen Landesamt sind dann — teilweise unterstützt von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachdezernates oder zentraler Dezernate — folgende Aufgaben anzupacken:

- Organisation des Erhebungsablaufs,
- Planung und Organisation der Auswahl von Erhebungseinheiten,
- Schulung von Erhebungsbeauftragten und/oder Erhebungsstellenmitarbeitern,
- Organisation, Planung und Einsatz von Personal und Sachmitteln im Fachdezernat,
- Planung und Überwachung der Prüf- und Korrekturmaßnahmen,
- Planung und Überwachung der Aufbereitungsarbeiten,
- Konzipierung der Veröffentlichungen und Datenbankinhalte,
- Abfassung von erläuternden Texten in Veröffentlichungen,
- Analyse von statistischen Ergebnissen in wissenschaftlichen Aufsätzen.

Hinzu kommen allgemeine Führungs-, Verwaltungs- und Planungsaufgaben wie Schulung, Einweisung und Beurteilung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Entscheidungen über Widersprüche von Auskunftspflichtigen.

Diese Aufzählung kann wegen der Vielfalt und je nach Fachgebiet unterschiedlicher Probleme nicht vollständig sein. So kommt zu den vorgenannten Tätigkeiten häufig noch Beratung sowohl von Auskunftspflichtigen als auch von „Statistik-Konsumenten“ hinzu. Statistische Ergebnisse erschließen sich den Nutzern häufig erst nach ausführlichen und fachkundigen Erläuterungen zu Definitionen sowie Entstehung und Validität der Daten. Auch Sonderaufbereitungen und fachübergreifende Auswertungen müssen fachlich und technisch beraten, vorbereitet und durchgeführt werden.

Tätigkeiten von Dezernenten im Statistischen Landesamt

Die beschriebenen Aktivitäten setzen den Rahmen der Tätigkeiten der Dezernentinnen und Dezernenten im Statistischen Landesamt. Diese Tätigkeiten fallen je nach Art und Umfang der Statistik und nach Stand der Durchführung in sehr unterschiedlichem Ausmaß an. In sog. „Referentenbesprechungen“ und in speziellen Arbeitsgruppen, meistens unter Beteiligung aller Statistischer Landesämter und Vorsitz des Statistischen Bundesamtes, sind die fachlichen Probleme zu beraten und zu entscheiden. Spezielles Augenmerk müssen die Dezernenten darauf legen, daß die Vereinbarungen über Erhebungsmethoden, Hilfsmerkmale, Techniken, Frage-

Fachkenntnisse und Studienfachrichtungen der Dezernenten

Für die Bewältigung der vorgenannten Aufgaben ist eine fundierte Kenntnis der Erhebungsgegenstände wichtigste Voraussetzung, d. h. wirtschaftswissenschaftliche, agrarwissenschaftliche, bevölkerungswissenschaftliche, finanzwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Fachkenntnisse je nach Inhalt der jeweili-

gen Statistik. Erforderlich sind daneben Fachkenntnisse und Fähigkeiten auf den Gebieten Organisation, Personalführung, Verwaltungsrecht und zumindest Grundkenntnisse in der Datenverarbeitung. Letztlich sei erwähnt, daß mit einem abgeschlossenen Universitätsstudium die Fähigkeit zu wissenschaftlichen Arbeiten ganz allgemein vorausgesetzt wird. Zur Analyse von statistischen Ergebnissen in wissenschaftlichen Aufsätzen — eine der wichtigsten Dezernentenaufgaben — ist eine gute schriftliche Ausdrucksfähigkeit unbedingte Voraussetzung. Auf den Beitrag „Sprache in der Statistik“ in diesem Heft sei hingewiesen.

Aus dem geschilderten Tätigkeitsspektrum und den Anforderungskriterien sowie dem Schwerpunkt ökonomisch geprägter Daten in der amtlichen Statistik wird erklärlich, daß die Mehrzahl der Dezernenten in den Statistischen Landesämtern ein wirtschaftswissenschaftliches, eine kleinere Zahl auch ein agrarwissenschaftliches oder ein geografisches Universitätsstudium absolviert hat. In Spezialdezernaten wie Verwaltung und Automatische Datenverarbeitung werden auch Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit abgeschlossenem Jura- bzw. Informatikstudium eingesetzt. Diplomstatistiker oder Diplommathematiker sind praktisch nur in einigen wenigen mathematisch-methodischen Dezernaten des Statistischen Bundesamtes und evtl. großer Statistischer Landesämter tätig.

Fachkenntnisse und Ausbildung der Sachbearbeiter in den Statistischen Landesämtern

Als Führungskräfte unterhalb der Dezernenten sind für die technische Abwicklung der Erhebungen und Aufbereitungen qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des gehobenen Dienstes eingesetzt. Soweit nicht

eine Spezialausbildung mit entsprechenden Prüfungen innerhalb des Amtes angeboten werden kann, werden in diesen Funktionen vorzugsweise und mit gutem Erfolg Diplom-Betriebswirte (Fachhochschule), Diplomingenieure (Fachhochschule) und Absolventen der Verwaltungsfachhochschulen eingestellt. Um für die künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gehobenen Dienst eine noch besser bedarfsorientierte Ausbildung anbieten zu können als die Verwaltungsfachhochschulen, wurde von einer Arbeitsgruppe aus Abteilungsleitern und Dezernenten des Statistischen Bundesamtes und Statistischer Landesämter alternativ zu den vorgenannten ein Studiengang „Statistik“, vorgesehen für eine Fachhochschule für Statistik des Bundes und der Länder, entworfen, der innerhalb eines dreijährigen Studiums folgende Studiengebiete beinhaltet:

- 25 % Allgemeine Verwaltung/Recht
- 10 % Statistische Methodenlehre (einschl. Mathematik-Propädeutik)
- 25 % Praxis der amtlichen Statistik
- 15 % Datenverarbeitung
- 20 % Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- 5 % Managementtechniken und Organisation

Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Modell zentral, wie vorgestellt, oder auch dezentral an mehreren Fachhochschulen innerhalb der Fachbereiche Betriebswirtschaft bestehender Fachhochschulen realisieren läßt, wobei die Anteile der Lehrinhalte sich zukünftig noch mehr in Richtung „Datenverarbeitung“ und vor allem in Richtung „Managementtechniken und Organisation“ verschieben dürften. Letztere sind allerdings auch in der Fächergruppe Praxis der amtlichen Statistik enthalten, insbesondere im Hinblick auf die Praxis innerhalb der Statistischen Landesämter.

Dr. Matthias Sievers

Nichts ist außer durch Sprache

Arnold Heinemann

Der Autor war bis vor vier Jahren Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes, in seiner langen Dienstzeit auch viele Jahre Redakteur der Statistischen Monatshefte, Vorsitzender des Arbeitskreises Veröffentlichungen und hat maßgeblich an der Entwicklung einer DIN-Norm für Tabellengestaltung mitgewirkt.

Eine philosophische Dimension darf gern anklingen, die Überschrift soll sogar Zustimmung oder Ablehnung provozieren, doch der Autor will sich nicht in solche Höhen versteigen, sondern auf vertrautem Terrain bleiben. „Statistik“ ist ein mehrdeutiges Wort, fast ein Teekesselchen. An erster Stelle steht wohl die Bedeutung „Zahlensatz über eine Massenerscheinung“. Aber auch die Institution, die solches erarbeitet, die Verfahren, die man anwendet, die gedruckte Tabelle, die solches enthält, und anderes mehr kann gemeint sein. Solange aus dem Kontext nicht eine engere Bedeutung hervorgeht, gilt die allgemeine, die erstgenannte. Von ihr wollen wir jetzt ausgehen.

Die Standard-Gestalt einer Statistik dürfte für die meisten eine Tabelle sein. Entspricht sie aber eigentlich dem Wesen der Sache? Was ist denn das Wesen der Statistik? In ihrer ersten Stufe, also ohne alles Draufgesetzte wie mathematische Analysen oder zielstrebige Interpretation, ist sie ein reduziertes Abbild der Wirklichkeit. Das Abbild enthält Dinge oder Ereignisse, die ausgewählt wurden, weil man sie definieren und „erheben“ kann, und die man nach wenigen ebensolchen Eigenschaften sortiert und dann ausgezählt hat. Weil es ein Abbild ist, ein Stellvertreter für die sonst unüberschaubare ganze Wirklichkeit, hängt es sehr von der Art des Abbildes ab, wie gut es seinen Zweck erfüllt. Der Zweck ist, Menschen mit objektiven Vorstellungen über die Wirklichkeit zu versorgen. Der Hersteller der Statistik tut sein Möglichstes, damit das Abbild in den Grenzen der unvermeidlichen Reduktionen richtig ist, er muß aber noch mehr tun: er muß das Abbild vermitteln.

Er hat es zunächst in der Form von sehr vielen Zahlen auf Papier gewonnen. Dies ist der übliche Aggregat-

zustand seiner Informationen (abgesehen von den anderen, EDV-mäßigen Zuständen während der Bearbeitung). Dank des intensiven Umgangs hiermit hat der Statistiker gelernt, aus den Zahlen unmittelbar eine Vorstellung des jeweiligen Ausschnittes der Wirklichkeit zu gewinnen. Er sitzt ja um eine entscheidende Stufe näher an ihr als der spätere Empfänger seiner Statistik, denn er hat die Auskünfte selbst eingeholt. Dabei hatte er über seine Rückfragen Kontakt zu den Menschen, die noch näher an dieser Wirklichkeit sind. Er hatte den Fragebogen mitgestaltet, hat die Daten aufbereitet und schließlich das fertige Ergebnis gesehen. An jeder Nahtstelle konnte er nach hinten wie nach vorne blicken, Ursachen und Wirkungen bemerken. So entwickelte er die Fähigkeit, allein anhand der Tabelle die Wirklichkeit zu erkennen — wohl gemerkt: den bewußten minimalen Ausschnitt von ihr, der überdies durch das Sieb der definierten Eigenschaften gepreßt ist.

Wie vermittelt der Statistiker nun das Abbild? Er beschreibt, was in den nackten Zahlen der Tabelle — wie er meint, eigentlich unmißverständlich — enthalten ist, und fügt vieles von dem hinzu, was er darüber hinaus weiß. Das Medium seiner Vermittlung ist Sprache in einem weiteren Sinne, also nicht allein Text, sondern auch Tabelle und Grafik; sie umfaßt nicht nur Wörter, sondern auch alle übrigen Gestaltungsmittel schriftlicher Darbietung. Es ist Sprache mit der Einschränkung, daß sie meist nur auf Papier vermittelt wird, also ohne die wichtigen Verständniskomponenten der lebendigen Begegnung wie Betonung, Sprechmelodie, Gestik. Der Statistiker hat sich nun um eine Sprache zu bemühen, die im Leser möglichst genau dasselbe Abbild der Wirklichkeit entstehen läßt, das er besitzt. Wenn er diese Aufgabe nicht erfüllt oder das Optimum verfehlt, bleibt er einen entscheidenden Teil seines Auftrages schuldig.

Die Aufgabe ist schwierig. Den Hintergrund der Schwierigkeiten bildet die generelle Unsicherheit des Unterfangens, durch Sprache Vorstellungen oder Gedankeninhalte präzise zu vermitteln. Diesen fundamentalen Mangel vergessen wir im alltäglichen Leben ja häufig und streiten nutzlos, wo Verstehen zuerst eine

Frage des genauen Zuhörens und des genauen Benennens wäre. Immerhin erfüllt dieses Alltagsgeschehen eine soziale Funktion, und Verständigung ist möglich, wenn man sich gegenübersteht und nicht so bald aufgibt. Anders beim Statistiker: er hat kein Gegenüber, dessen Reaktionen er begegnen könnte, wenn sie ihm falsches Auffassen anzeigen. Er muß auf die Eindeutigkeit und Richtigkeit seiner Sprache vertrauen. Er steht damit vor einer schwierigeren Aufgabe als ein Fachsprachenbenutzer sonst, der in erster Linie mit Kollegen kommuniziert. Was folgt daraus nun im einzelnen?

Begrifflichkeit

Für jeden Gegenstand und für jede Eigenschaft in seinen Statistiken darf der Statistiker nur einen Ausdruck verwenden. Er muß ein Begriffs-Repertoire benutzen, das der Leser im Laufe der Zeit dank seiner Konstanz erlernen und richtig verstehen kann. Seine Begriffe müssen dabei möglichst aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verständlich sein, aber auch die erforderliche Spezifität besitzen. Dabei ist er nicht frei in der Wortwahl, denn jede Statistik beruht auf einem Gesetz, das Wörter für die Dinge und Eigenschaften dieser Statistik vorgibt. Verfasser von Gesetzestexten sind aber, wie man weiß, nicht immer auch gute Sprachanwender.

Begrifflichkeit verlangen nicht nur die gezählten Dinge (z.B. „Arbeitsstätten“) und ihre Eigenschaften, sondern auch der umhüllende Wortschatz (z.B. „Vorspalte“). Ferner ist neben zeitlicher Konstanz auch regionale und institutionelle Einheitlichkeit nötig: alle Stellen müssen mit gleicher Sprache reden. Die Statistischen Landesämter und das Bundesamt haben beim Deutschen Institut für Normung in Berlin (DIN) über etwa zwei Jahre in einem Ausschuß zusammengearbeitet mit dem Ergebnis der DIN 55301, „Gestaltung von Tabellen“, um diese Anforderung zu erfüllen.

Die Forderung nach Einheitlichkeit innerhalb der amtlichen Statistik erstreckt sich auf ein weiteres Element. Bei der Darbietung statistischer Ergebnisse sollen die Tabellenwerke inhaltlich gleich abgegrenzt und in sich gleich gegliedert sein, die Tabellen sollen die gleichen Gegenstände in der gleichen Reihenfolge und Darbietungsform enthalten. Nur so kann man es Benutzern in Verbänden und Instituten erleichtern, sich auch länderübergreifend zurechtzufinden. Dieser nie endenden Aufgabe widmet sich der „Arbeitskreis Veröffentlichungen“ der Statistischen Landesämter, dessen Federführung lange Zeit in Schleswig-Holstein lag.

Wortwahl

Während oben an die Fachterminologie zu denken war, sind hier die gemeinsprachlichen Wörter im Blickfeld. Die Grenze ist allerdings fließend. Einen Anstieg von Wählerstimmen von 34 % auf 37 % mit „um 3 Punkte“ zu beschreiben und nicht mit „um 3 Prozent“, mag man noch eher für fachsprachlich bestimmt halten; den Anstieg einer Größe von 80 auf 160 „auf das Doppelte“ zu nennen und nicht „um das Doppelte“, sollte auch gemeinsprachlich selbstverständlich sein. Spitzfindig mag es erscheinen, nicht „Vermehrung“ zu sagen, sondern „Zunahme“, wenn in einem Jahre mehr Regen gefallen ist als in einem anderen. Doch das Beispiel legt einen subtileren Punkt bloß: Das Verb „vermehrten“ enthält konsensuell einen Verursacher, jemanden, der vermehrt, der aktiv ist, bei „zunehmen“ fehlt diese Komponente. Wenn nun etwas zu beschreiben ist, das nicht so klar wie das Wetter außerhalb menschlichen Einflusses liegt, bestimmt die Wortwahl unmerklich, aber wirksam, was der Leser sich vorstellt. „Vermehrung“ verleiht dem Wandel eines statistischen Datums positive oder negative Farbe je nachdem, wessen Zutun der Leser die Veränderung zurechnet — meist ohne zu wissen, daß er es tut.

Solche Effekte sind kein Geheimnis, jeder Politiker und jeder Redakteur macht bewußt Gebrauch von der Möglichkeit, auch der scheinbaren Nur-Nachricht durch geeignete Wortwahl die nach seiner Meinung gehörige Bewertung mit auf den Weg zu geben. Dieses Element von Manipulation in der allgemeinen politischen Sprache ist allerdings weithin bekannt, und ein aufmerksamer Leser kann deshalb häufig eine Medienäußerung entblähen. Nicht so auf dem anscheinend nüchternen Gebiet der amtlichen Statistik. Dies soll nicht mißverstanden werden: der beschreibende Statistiker will ja nicht etwa manipulieren, schon gar nicht im Sinne tagespoltischer Ziele. Er muß aber bedenken, daß generell seine Wortwahl darüber mitentscheidet, ob er so wirkt und wie weit es ihm gelingt, seine Realitätsvorstellung zu vermitteln. Er ist in dieser Hinsicht mit einem Schriftsteller zu vergleichen, der, wenn er gut ist, gelegentlich lange um das rechte Wort ringen muß in seinem Bestreben, im Leser eine ganz bestimmte Vorstellung zu wecken. Der Unterschied ist nur, daß der Schriftsteller diese Vorstellung selbst erzeugen darf, der Statistiker sie aber als Realität vorfindet.

Verständlichkeit

Zu den beiden mehr spezifischen Anforderungen an die Sprache des Statistikers tritt gleichrangig die allgemeine, die für jeden gilt, der schreibt: verständlich zu

sein, so leicht und genau verständlich wie eben möglich. Wenn der Statistiker sich leicht lesbar ausdrücken will, weht ihm allerdings seit ein paar Jahren manchmal Wind aus einer Ecke ins Gesicht, die sich um eine geschlechtergerechte Sprache bemüht. „Mit 29 Schülerinnen und Schülern je Lehrerin oder Lehrer war die Klassenstärke ...“ verbessert natürlich nicht die Lesbarkeit.¹ Solche Ausdrucksweise soll ja auch das gesellschaftliche Bewußtsein ändern. Sprache soll also geradezu manipulieren, hier natürlich zu einem guten Zweck.

Wer die Verständlichkeit und gedankliche Richtigkeit seiner Sprache verbessern will, kann auch von der „Gesellschaft für deutsche Sprache“ lernen; ihren „Sprachdienst“ zu lesen ist eine ebenso wichtige wie angenehme Pflicht, und nicht nur für den Statistiker. Der Anspruch bester sprachlicher Qualität an die Autoren statistischer Aufsätze hat auch den allgemeinen Grund, zur Lektüre überhaupt anzureizen und etwa dagegen bestehende Widerstände abzubauen. Nicht nur Sachbuchautoren sollte man rühmend nachsagen können, daß sie es, obwohl Wissenschaftler, verstünden, ihren interessanten und schwierigen Stoff auch glänzend darzustellen. Schließlich hat der Staat überhaupt und der amtliche Statistiker im besonderen der Gemeinschaft einen bestimmten Dienst zu erweisen! Fließband-Texte in behördlich-substantivischem Sachstil sind vor allem da nicht genug, wo das Verhältnis von Schreiber zu Leser einmal nicht das vom Gewährenden zum Antragsteller ist. Solcher Anspruch braucht allerdings nicht nur Können, sondern auch Gelegenheit. Daß der Autor natürlich auch Tagesaufgaben zu lösen hat, kann verhindern, die für gutes Schreiben notwendige Konzentration und Versenkung zu finden; leider verlocken sie auch immer wieder dazu, die psychisch leichtere Entscheidung für das Tagesgeschäft und gegen den Aufsatz zu treffen.

Ihr besonderes Gewicht erhält die Forderung nach leichter Verständlichkeit in noch einem anderen Bereich. Mit seinem Fragebogen — samt allen sonstigen Formularen auf dieser Beziehungsebene — will der Statistiker etwas von einem Bürger erreichen, wovon der viel lieber verschont bliebe. Er muß ihm also die Arbeit so leicht wie möglich machen. Das ist sein Beitrag dazu,

1) Daß es zwischen einer geschlechtergerechten und einer lesbaren Sprache einen Zielkonflikt gibt, sagt auch die Frauenministerin in ihrer im August 1991 erschienenen Broschüre „Mehr Frauen in die Sprache“. In einem Abschnitt dieser Broschüre gibt sie Tricks und Kniffe, hier zu Lösungen zu kommen. Es wäre auch geschlechtergerecht, einige Zeilen zurück „... die Statistikerin/der Statistiker“ oder im Sinne der Tricks und Kniffe „die Statistik“ zu schreiben. Für die Gestaltung einer statistischen Tabelle mit nur geringem Platzangebot für Text gibt es allerdings besondere Probleme.

daß der Befragte die Auskünfte pünktlich gibt, sie vollständig gibt und sie im gemeinten Sinne gibt (von der Wahrhaftigkeit einmal abgesehen). Es liegt auf der Hand, daß der „Auskunftspflichtige“ nicht schon von vornherein gern Fragebogen ausfüllt. Er muß zu dem motiviert werden, was er da tun soll. In der Regel neigt sich dann seine psychische Waage auf „Ja“, und er macht sich an die Arbeit. Wenn er nun aber geistig anhalten muß, weil er etwas nicht auf Anhieb versteht, oder sich gar irregeführt fühlt, weil er zuvor etwas anders verstanden hat als es, wie sich später herausstellt, gemeint war, dann ärgert er sich. Sein Unwille wächst, ein Körnchen mehr fällt auf die Waagschale „Nein“. Wann wandert nun der Zeiger auf die Seite „nicht“? Das hängt ganz von der Anfangsbefüllung beider Waagschalen und von dem Gewicht der Unmutskörner ab, aber fest steht — in notabene statistischer Betrachtung —: auf die Gesamtheit gesehen vermindert jedes einzelne Körnchen, das irgendwo fällt, die Effizienz der Bemühungen des erhebenden Statistikers, denn eines führt immer irgendwo zum Umschlag. Schon aus diesem Grunde sollte ihm keine Mühe zu groß sein, die sprachliche Gestalt eines Fragebogens zu optimieren.

Jeder kennt die Phrase von den Steigerungsformen der Lüge, deren Superlativ die Statistik ist. Wenn sie auch keiner ernst nimmt, so zeigt sie sich doch auf einen wunden Punkt: wie leicht Statistik — auch ohne böse Absicht — mißverstanden werden kann und wie leicht sie — mit Absicht — mißbraucht werden kann. Dies gilt für Text und Grafik, am meisten aber für die Tabelle, obwohl der Statistiker gerade sie für völlig eindeutig hält. Der Statistiker kann seine Medien nicht prinzipiell verbessern, sondern nur sorgfältig richtig arbeiten, für verschiedene Benutzer und Zwecke verschiedene Tabellen bauen und seine Zahlen immer wieder mit Worten verlebendigen. Dabei sind seine besten Kräfte gefordert, auch wenn er nicht die unvergleichliche Poesie erreichen wird, die Goethe gelang, als er die Aussagen der folgenden kleinen Tabelle in Worte faßte:

Auf dem Gickelhahn am 6. 9. 1780		
	Einheit	Wert
Gipfel	Windstärke	0
Wipfel	Windstärke	0-1
Vögel	Phon	0

Umstände waren wohl nur vor 200 Jahren noch so schlicht, daß Goethe sie als „Wanderers Nachtlied“ beschreiben konnte; doch Scherz beiseite; auch die heutigen komplizierten Inhalte können und müssen trotzdem den sprachlich besten Ausdruck finden.

Diagnosen: Von der Landes- zur Bundesstatistik

Hohe Krankenhauskosten ließen in den sechziger Jahren den Wunsch nach aussagekräftigen krankenstatistischen Informationen lauter werden. Dieses Verlangen wurde gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen geäußert. Es galt, Krankenhäuser und Krankenhausbetten wirtschaftlicher zu nutzen und bedarfsgerechter zu planen. Hilfe versprach man sich dabei auch von der Einführung einer Morbiditätsstatistik, die andere Länder schon an ihren Krankenhäusern praktizierten, wie eine Umfrage des Statistischen Bundesamtes vom August 1967 in 28 ausgewählten Staaten innerhalb und außerhalb Europas gezeigt hatte: 24 Länder hatten geantwortet, über ein weiteres Land lagen andere Informationen vor. 24 dieser 25 Länder führten danach eine Krankenhaus-Morbiditätsstatistik durch, die einen freiwillig, die anderen obligatorisch, teils als Voll- oder Teilerhebung und teils als Stichprobe.

Die Landesstatistik

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereitete zu dieser Zeit eine internationale Studie über die Krankenhausnutzung vor, in die Gebiete mit einer Einwohnerzahl zwischen ein und drei Millionen einbezogen werden sollten. Schleswig-Holstein erfüllte diese Voraussetzung. Die WHO bat das Land, sich als eine der europäischen Regionen zunächst mit einem Modellversuch an dieser „International Study on Hospital Utilization“ zu beteiligen. Und die Landesregierung wirkte mit. Dies trug wesentlich dazu bei, ihre ohnehin vorhandenen Pläne für eine eigene Krankenhaus-Morbiditätsstatistik zu verwirklichen. Die Diagnosestatistik sollte am 1. Juli 1969 auf freiwilliger Grundlage beginnen.

Nachdem Merkmalskatalog, Tabellenprogramm und technische Aufbereitung zwischen der Gesundheitsabteilung des schleswig-holsteinischen Innenministeriums, dem Institut für medizinische Statistik und Dokumentation der Universität Kiel, der Datenzentrale Schleswig-Holstein und dem Statistischen Landesamt abgestimmt worden waren und den Krankenhausvertretern Gelegenheit gegeben worden war, ihre Wünsche einzubringen, trat die Gesundheitsabteilung des Ministeriums im Mai 1969 an die Krankenhausträger, die Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein und die Landesgruppe des Verbandes der Leitenden Krankenhausärzte Deutsch-

lands heran und warb um eine möglichst vollständige Teilnahme aller Akutkrankenhäuser. Als besondere Zielpunkte der Erhebung wurden herausgestellt, Unterlagen für eine Krankenhaus- und Bettenplanung, für die Beurteilung der Leitungsfähigkeit der Krankenhäuser und für Entscheidungen in Pflegesatzfragen bereitzustellen.

Begonnen wurde im 2. Halbjahr 1969 mit 26 Krankenhäusern. Es stand den Krankenhäusern dabei frei, ob sie die Daten auf einem Zählblatt oder auf maschinenlesbaren Datenträgern lieferten. Der Erhebung und Auswertung zugrundegelegt wurde der abgeschlossene Fall. Bei jeder Einlieferung ins Krankenhaus und bei jeder Verlegung entstand ein Statistikfall; er endete, wenn der Patient entlassen oder verlegt wurde oder wenn er starb. Bei Verlegungen innerhalb des Krankenhauses fielen also mehrere Datensätze an. Die Statistik war abteilungsbezogen, nicht krankenhauses- oder patientenbezogen. An dieser Entscheidung wurde bis zum Jahr 1985 festgehalten. Als Diagnosen waren die endgültigen anzugeben, und an erster Stelle war als Hauptdiagnose die Krankheit zu nennen, derentwillen der Patient vor allem behandelt worden war. Die Hauptdiagnose ging auch in die Tabellierung ein.

Die Statistik bot alle Merkmale, die auch heute von einer Krankenhaus-Morbiditätsstatistik verlangt werden, und einige mehr: außer den Diagnosen Angaben über die Verweildauer, errechenbar aus dem Zugangs- und Abgangstag, über das Alter des Patienten beim Zugang, seinen Familienstand, die Art des Zugangs und des Abgangs, über den Wohnort, um das Einzugsgebiet des Krankenhauses abzugrenzen, über Pflegeklasse und Kostenträger. Die Abgangsdiaagnosen wurden überdies noch danach unterschieden, ob nur ein Verdacht bestand oder ein gesicherter Befund vorlag oder ob es sich um einen „Zustand nach ...“ handelte.

Der damalige Erhebungsbogen enthielt einen Identifikationsblock aus Geburtsdatum, Geschlecht, Namensanfang und Mehrlingseigenschaft, über den eine „Diagnose- oder Fall-Liste“ ausgedruckt werden konnte. Von diesem Identifikationsblock wurde später aus Datenschutzgründen Abstand genommen; auf die Angabe des Namensanfangs und der Mehrlingseigenschaft wurde verzichtet.

Von 1978 bis 1981 nahmen 61 Krankenhäuser an der Statistik teil¹. Dies war die höchste Teilnehmerzahl. 1982 brachte den Übergang auf eine andere Krankheitsystematik, nämlich von der ICD-8 auf die ICD-9, und den Abschied von 29 überwiegend kleineren Krankenhäusern. Die Reduzierung des Berichtskreises wurde durch Personaleinsparungen im Statistischen Landesamt ausgelöst. Alle Häuser, die keine maschinell zu verarbeitende Datenträger liefern konnten, mußten aus der Erhebung ausscheiden. Während ihrer gesamten Laufzeit drohte die Diagnosestatistik wiederholt, ein Opfer von Einsparungsvorhaben zu werden, denn sie war nicht bundesgesetzlich angeordnet und als Landesstatistik sogar die einzige ihrer Art in der Bundesrepublik. Ohne das engagierte Eintreten des Statistischen Landesamtes für ihr Weiterbestehen gäbe es dieses wertvolle statistische Instrument wohl heute nicht mehr.

Der Datensatz erfuhr außer der Auflösung des Identifikationsblocks in all den Jahren nur drei inhaltliche Anpassungen: Mitte der siebziger Jahre mußte in Angleichung an das geänderte Abrechnungsverfahren die Frage nach den drei Pflegeklassen durch eine Frage nach der Unterbringung im Einbett-, Zweibett- oder Mehrbettzimmer ersetzt werden. Auf die Angabe des Familienstandes konnte verzichtet werden, und 1986 kam die Frage hinzu, ob der Patient während seines Krankenhausaufenthalts operiert wurde. 1986 begann das Statistische Landesamt auch damit, neben der bisherigen abteilungsbezogenen Darstellung durch Verketteten der Datensätze die Verlegungen zusammenzufassen und eine krankenhaus- oder patientenbezogene Diagnosestatistik darzubieten.

Die Diagnosestatistik hat die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Sie war z. B., wie in den Vorbemerkungen zum Krankenhausplan 1990 — 1995 für das Land Schleswig-Holstein zum Abschnitt „V. Planungsverfahren“ nachgelesen werden kann, Grundlage der Verweildaueranalyse und der anschließenden Morbiditätsanalyse. Die Statistik ist wiederholt für Gutachten und Forschungsvorhaben und für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen — auch außerhalb des Landes — herangezogen worden. Sie hat für fast fünfundzwanzig Jahre die Lücke füllen müssen, die die zwar immer wieder diskutierte, aber fehlende Bundesstatistik offen ließ. Sie ist dabei weit mehr als ein Lückenbüßer gewesen.

Die Bundesstatistik

Die Entwicklung einer Diagnosestatistik für die Bundesrepublik Deutschland kam nur mühsam voran. Mit dem Thema „Morbiditätsstatistik“ befaßte sich im März 1969 die Vollversammlung des Bundesgesundheitsrats und ließ anschließend in seinem Ausschuß „Gesundheitsstatistik“ erörtern, wie die Statistiken auf dem Gebiet des Gesundheitswesens unter besonderer Berücksichtigung der Morbidität bei gleichzeitiger Anpassung an das internationale Niveau erweitert und verbessert werden könnten. Der Ausschuß empfahl im Dezember 1970 die Einführung einer Diagnosestatistik in allen Akutkrankenhäusern. Die Vollversammlung des Bundesgesundheitsrats folgte diesem Beschluß und bezeichnete im März 1971 eine Diagnosestatistik in Krankenhäusern als unerlässlich für eine moderne Gesundheitsstatistik und für die wissenschaftliche, insbesondere die epidemiologische Forschung. Sie sprach sich für eine totale Erhebung in allen Krankenhäusern aus.

Mitte 1972 wurde das Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze verkündet, besser bekannt unter dem Namen Krankenhausfinanzierungsgesetz. Es enthielt in seinem § 28 eine Auskunftspflicht für die Krankenhausträger und die Sozialleistungsträger. Die Angaben sollten Unterlagen liefern für die Aufstellung allgemeiner Grundsätze eines bedarfsgerecht gegliederten Systems leistungsfähiger Krankenhäuser, für die Bemessung der Pflegesätze und für die Forschung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit wurde ermächtigt, die unter die Auskunftspflichtigen fallenden Umstände im einzelnen durch Rechtsverordnung festzustellen. Die im § 28 als in Betracht kommend aufgeführten Merkmale umfaßten Personal- und Sachaufwand der Krankenhäuser, die Verweildauer der Benutzer, die geleisteten und in Anspruch genommenen Pfl egetage sowie allgemeine statistische Angaben über die Benutzer, ihre Erkrankungen und ihre örtlichen Beziehungen zum Krankenhaus, alles Angaben, die für eine vollständige Krankenhausstatistik und Diagnosestatistik benötigt werden.

Diese Bestimmung reicht als Grundlage für eine Bundesstatistik nicht aus, war doch noch nicht einmal das Wort „Bundesstatistik“ genannt. Durch das Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz vom 22. Dezember 1981 wurde dem § 28 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zwar ein Absatz 3 angefügt, der die Bundesregierung ermächtigte, durch eine Rechtsverordnung eine Bundesstatistik zu erlassen und das Nähere über Inhalt und Umfang, die Art der Erhebung, die Berichtszeit, die Periodizität und den Kreis der Befragten zu bestimmen,

1) Die Kliniken der Universität Kiel wurden bis 1985 als Krankenhäuser gezählt

eine Bundesstatistik wurde aber aufgrund dieser Vorschrift nicht angeordnet.

Das Gesundheits-Reformgesetz vom 20. Dezember 1988 änderte auch das Krankenhausfinanzierungsgesetz und seinen § 28. In dessen zweitem Absatz wird die Bundesregierung ermächtigt, eine Krankenhausstatistik als Bundesstatistik anzuordnen, und hier sind auch die von der Bundesstatistik zu umfassenden Sachverhalte beschrieben. Aufgrund dieser Bestimmung erließ die Bundesregierung am 10. April 1990 die Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser, die Krankenhausstatistik-Verordnung (KHStatV). Eine Diagnosestatistik ist Teil dieser Krankenhausstatistik. Sie beginnt 1993 und wird die landeseigene Morbiditätsstatistik ersetzen.

Fünf Jahre vorher, am 21. August 1985, hatte die Bundesregierung eine neue Pflegesatzverordnung erlassen, die sich sowohl auf die Diagnosestatistik des Landes wie des Bundes auswirken sollte. § 16 Abs. 4 der Verordnung verlangt nämlich vom Krankenhausträger, einen Leistungsnachweis mit einer anonymisierten Diagnosestatistik aufzustellen, der Angaben über durchgeführte Operationen sowie zu Verweildauer und Alter der Patienten enthält. Das Muster für den Leistungsnachweis L1 schreibt die internationale Klassifikation der Krankheiten ICD-9 vor, die auch in der amtlichen Statistik, z. B. in der Todesursachenstatistik, und in der Diagnosestatistik des Landes Schleswig-Holstein eingesetzt wird. Für die Krankenhäuser wurde im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Soziales im Wege eines Forschungsvorhabens ein Leitfaden zur Diagnosestatistik erarbeitet. Dadurch kann der Leistungsnachweis überall in gleicher Weise aufgestellt werden. Das der Ver-

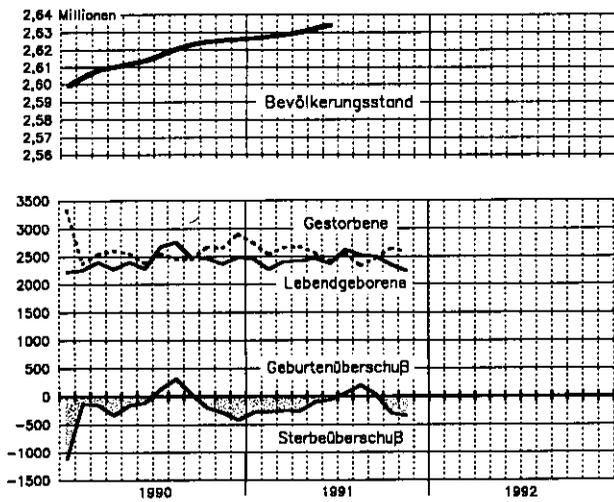
ordnung beigefügte Muster der L1 verlangt, die Patienten für Krankenhausabteilungen nachzuweisen. Der Leitfaden fordert darüber hinaus eine Darstellung für das gesamte Krankenhaus, da eine abteilungsbezogene Statistik nur eine begrenzte Aussagekraft hinsichtlich der Fallzahlen und der patientenbezogenen Verweildauer pro Diagnose besitzt². Dieses Postulat des Leitfadens veranlaßte das Statistische Landesamt, die Diagnosestatistik ab 1986 nicht nur abteilungsbezogen, sondern auch krankenhausbefugten darzustellen.

Die Vorgaben der neuen Bundesstatistik an die Krankenhäuser decken sich in wichtigen Punkten mit denen des Leitfadens, was allen Beteiligten die Arbeit erleichtert und dazu beitragen sollte, daß sie eingehalten werden. Nichtkranke Zustände sind beispielsweise ebenfalls zu verschlüsseln, und als Operationsmerkmal ist anzugeben, ob der Patient während des Krankenhausaufenthalts im Zusammenhang mit der Hauptdiagnose operiert wurde. Die bundeseinheitliche Diagnosestatistik wird informativer sein als die freiwillige Morbiditätsstatistik des Landes, und das nicht nur, weil diesmal alle vollstationär Behandelten in die Erhebung einbezogen werden. Auch der sachliche Informationsgehalt ist größer. Durch einen Datenaustausch zwischen den Statistischen Landesämtern wird z. B. erstmalig auch die Frage beantwortet werden können, in welchen Krankenhäusern anderer Bundesländer und welcher Krankheiten wegen Patienten aus Schleswig-Holstein behandelt werden. Die regionale Verflechtung darzustellen, ist ein lang ersehntes Ziel der Krankenhaus- und Bettenplanung.

Gustav Thissen

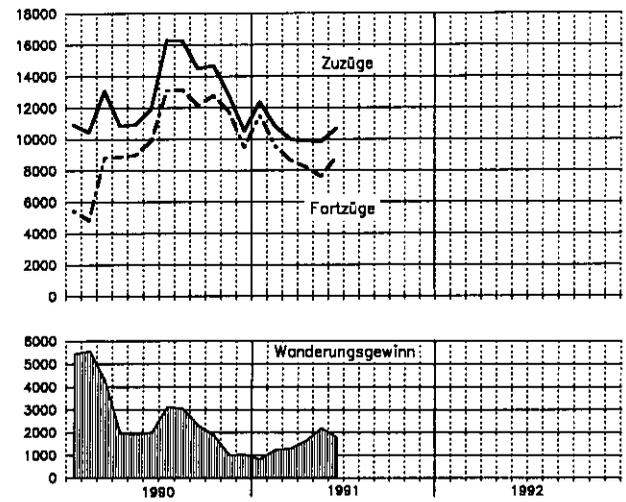
2) Leitfaden zur Erstellung der Diagnosenstatistik nach § 16 Bundespflegesatzverordnung (BPFIV), S. 13

Bevölkerungsstand

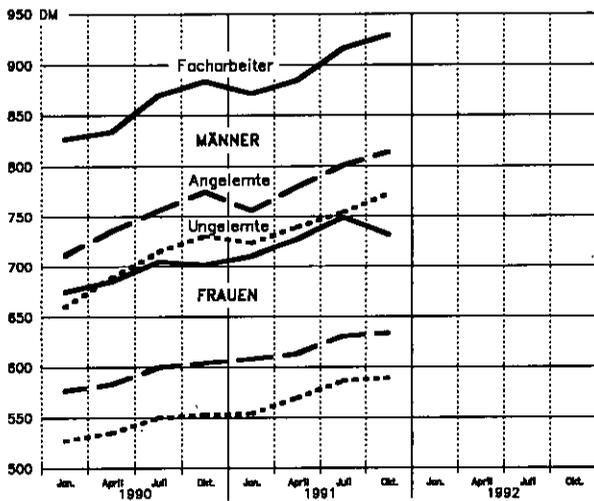


Bevölkerungsveränderung

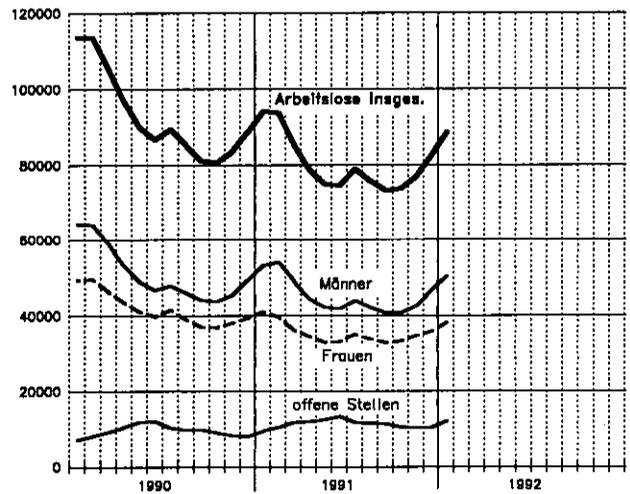
D 6009 - A Stat. LA S-H



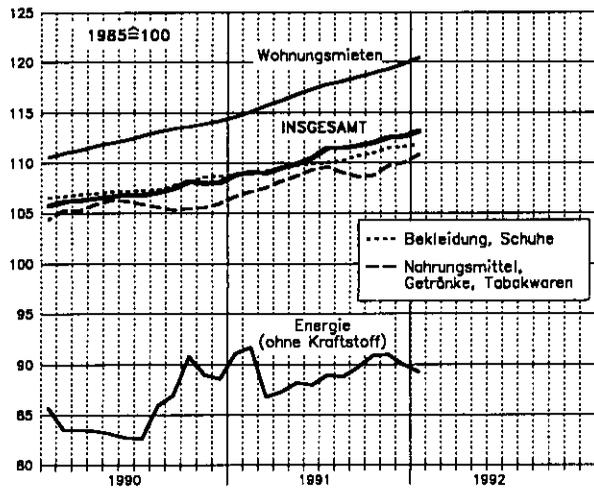
Bruttowochenverdienste



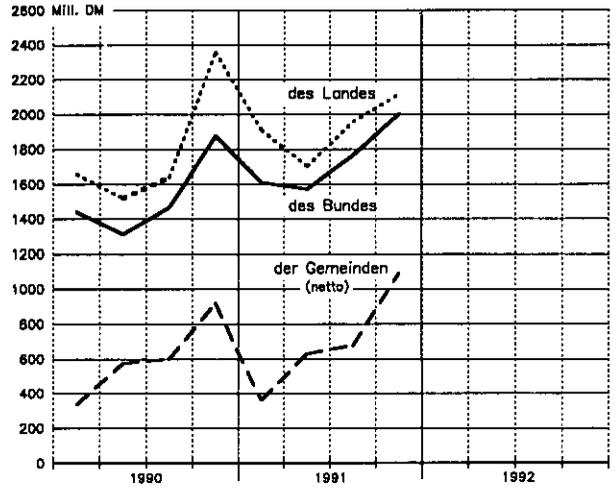
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

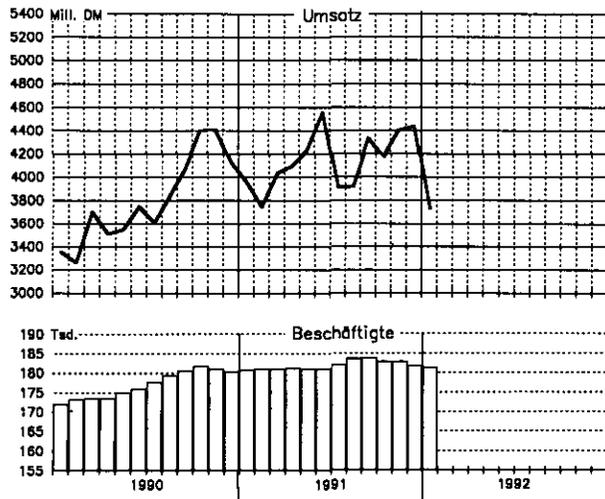


Steuereinnahmen



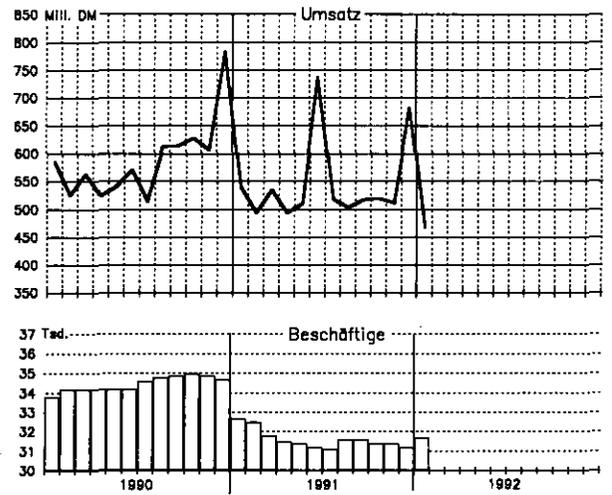
Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

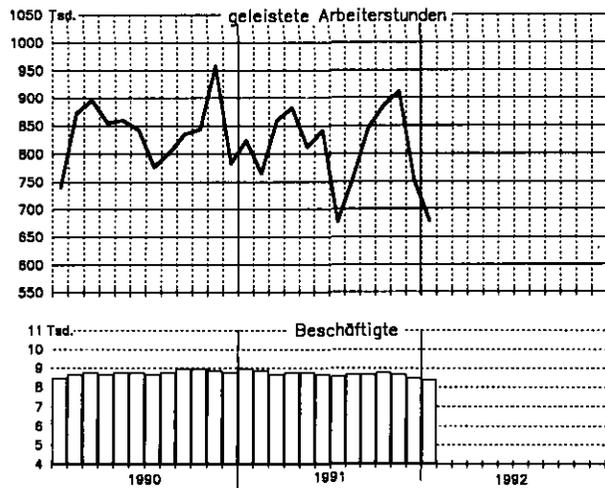


D 6010 - B Stat. LA S-H

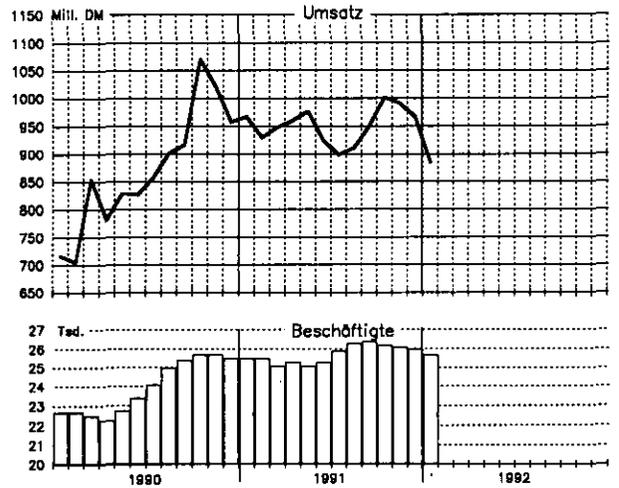
darunter Maschinenbau



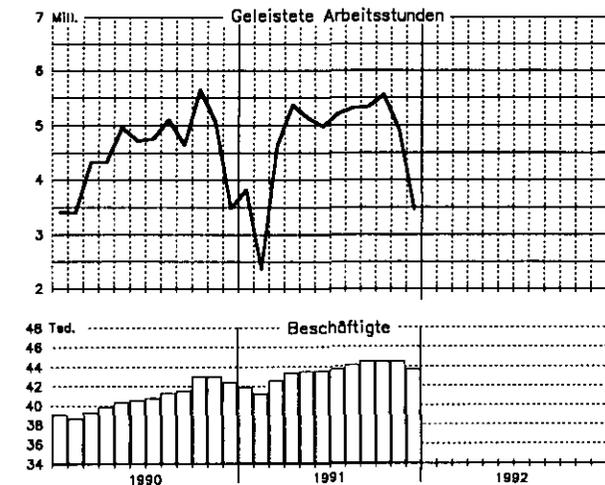
darunter Schiffbau



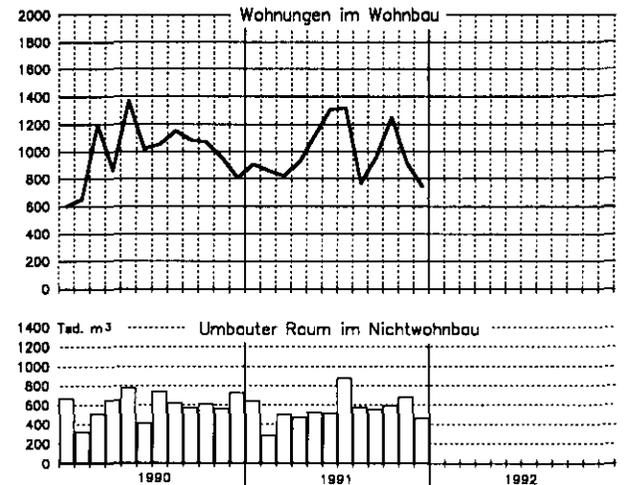
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

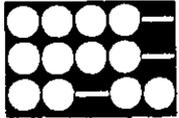


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





Zahlenbeilage

Daten zur Konjunktur	2
Jahreszahlen	4
Zahlenspiegel	6
Kreiszahlen	11
Zahlen für Bundesländer	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		Februar 1992		Januar bis Februar 1992	
Beschäftigte	1 000	181	- 0,0	181	+ 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	16	- 1,0	16	- 1,5
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	700	+ 6,8	720	+ 6,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 801	+ 1,5	3 765	- 2,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 943	+ 0,9	2 989	- 2,0
Auslandsumsatz	Mill. DM	858	+ 3,8	777	- 2,9
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 257	+ 6,2	2 239	- 5,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 612	+ 11,4	1 626	- 4,5
aus dem Ausland	Mill. DM	644	- 4,9	613	- 7,5
Energieverbrauch	1 000 t SKE
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	43	+ 3,8	43	+ 3,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	+ 77,5	4	+ 28,4
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	119	+ 46,0	123	+ 21,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	357	+ 20,3	335	+ 1,6
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	247	+ 30,7	247	+ 21,3
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
Wohnbau	Wohnungen	995	+ 16,0	887	+ 0,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	398	+ 37,2	419	- 10,7
EINZELHANDEL					
		Januar 1992		Januar bis Dezember 1991	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	126,7	+ 2,2	139,3	+ 6,9
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	78,9	+ 3,6	122,2	+ 3,8
FREMDENVKKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	123	+ 7,5	336	+ 6,2
Übernachtungen	1 000	497	+ 6,1	1 728	+ 6,9
ARBEITSMARKT					
		Februar 1992		Januar bis Februar 1992	
Arbeitslose	Anzahl	87 328	- 6,9	86 770	- 6,4
Kurzarbeiter	Anzahl	14 465	+ 64,0	11 618	+ 54,1
Offene Stellen	Anzahl	13 761	+ 33,9	12 011	+ 30,3
AUSSENHANDEL					
		Januar 1992		Januar bis Dezember 1991	
Ausfuhr	Mill. DM	1 054,2	+ 5,7

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1991	März 1991	April 1991	Mai 1991	Juni 1991	Juli 1991	Aug. 1991	Sept. 1991	Okt. 1991	Nov. 1991	Dez. 1991	Jan. 1992	Febr. 1992
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 2,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,3	- 0,0
	Bund	p+ 1,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,1	- 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 1,8	- 1,5	+ 10,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,4	- 0,7	- 3,5	+ 0,1	- 2,0	- 1,0
	Bund	p- 0,5	- 5,5	+ 7,6	- 5,6	+ 3,3	+ 2,9	+ 3,5	+ 0,5	- 3,1	- 3,9	- 1,1
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,0	+ 9,8	+ 10,9	+ 11,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 6,3	+ 7,2	+ 6,1	+ 9,1	+ 6,8	+ 7,0	+ 6,8
	Bund	p+ 7,3	+ 7,0	+ 8,9	+ 7,5	+ 9,0	+ 7,1	+ 6,0	+ 8,4	+ 6,0	+ 4,2	+ 7,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 9,3	+ 9,1	+ 16,7	+ 19,4	+ 21,6	+ 8,3	+ 2,1	+ 6,4	- 5,1	- 0,0	+ 7,8	- 5,7	+ 1,5
	Bund	p+ 6,9	+ 2,8	+ 17,8	+ 1,1	+ 13,3	+ 10,6	+ 1,6	+ 6,4	+ 2,7	+ 2,6	+ 5,0
Inlandsumsatz	Land	+ 12,2	+ 15,1	+ 24,4	+ 18,2	+ 25,0	+ 11,2	+ 4,3	+ 5,9	- 1,7	- 0,9	+ 8,8	- 4,6	+ 0,9
	Bund	p+ 10,6	+ 9,4	+ 23,5	+ 6,9	+ 18,8	+ 14,9	+ 3,9	+ 10,2	+ 3,6	+ 2,7	+ 4,7
Auslandsumsatz	Land	- 0,8	- 10,3	- 7,0	+ 23,6	+ 10,4	- 3,4	- 6,7	+ 8,1	- 17,2	+ 3,1	+ 4,2	- 10,2	+ 3,8
	Bund	p- 1,6	- 11,5	+ 4,6	- 12,1	+ 0,5	+ 0,0	- 4,5	+ 2,0	- 0,2	+ 2,2	+ 5,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	+ 2,8	- 15,7	+ 16,4	+ 7,5	+ 6,0	+ 5,2	+ 7,4	- 5,2	+ 0,7	- 15,6	+ 0,2	- 14,8	+ 6,2
	Bund	+ 2,3	- 1,0	+ 10,8	- 3,2	+ 7,8	+ 5,3	- 3,1	+ 0,8	- 3,4	- 2,9	+ 1,0	p- 3,7	...
aus dem Inland	Land	+ 9,9	+ 10,8	+ 25,6	- 8,9	+ 12,7	+ 7,2	+ 16,2	+ 0,2	+ 1,5	+ 5,3	+ 2,0	- 16,2	+ 11,4
	Bund	+ 6,2	+ 9,1	+ 19,0	+ 0,9	+ 12,5	+ 7,3	- 3,3	+ 3,8	- 2,2	- 2,5	+ 0,4	p- 3,2	...
aus dem Ausland	Land	- 11,9	- 48,3	- 2,9	+ 50,6	- 8,5	+ 0,4	- 13,5	- 18,9	- 1,7	- 44,6	- 4,0	- 10,3	- 4,9
	Bund	- 5,0	- 17,3	- 2,9	- 10,6	- 0,9	+ 1,8	- 2,7	- 4,7	- 6,0	- 3,8	+ 2,4	p- 4,9	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	- 1,6	-----	-----	+ 17,1	-----	-----	- 15,2	-----	-----	+ 0,0	-----	-----	-----
	Bund	p- 0,5	-----	-----	+ 1,7	-----	-----	- 3,8	-----	-----	- 2,7	-----	-----	-----
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,1	+ 2,8	+ 3,8
	Bund	... + 0,8	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,2	p+ 2,2	p+ 2,1
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 1,5	+ 2,6	+ 19,1	- 0,8	+ 0,9	+ 4,9	- 0,3	+ 10,0	- 1,6	- 2,7	- 0,7	- 2,1	+ 77,5
	Bund	... - 5,9	+ 12,7	- 9,2	+ 5,2	+ 4,7	- 4,6	+ 5,7	- 0,7	p- 2,1	p+ 3,0
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 11,0	+ 15,5	+ 17,4	+ 9,6	+ 8,4	+ 12,8	+ 5,6	+ 14,3	+ 11,3	+ 13,8	+ 8,9	+ 5,6	+ 46,0
	Bund	... + 8,6	+ 14,0	+ 7,2	+ 7,6	+ 10,7	+ 4,8	+ 11,7	+ 9,0	p+ 10,8	p+ 13,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 8,3	- 4,4	+ 16,9	+ 2,0	+ 11,5	+ 8,2	+ 0,2	+ 17,0	+ 6,9	- 1,1	+ 6,9	- 13,7	+ 20,3
	Bund	... + 0,8	+ 17,2	+ 6,9	+ 16,9	+ 17,8	+ 11,6	+ 19,8	+ 12,6
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 2,2	+ 0,8	- 12,0	- 2,5	+ 7,0	+ 13,2	+ 13,4	+ 0,3	- 10,8	+ 1,3	+ 2,3	+ 13,3	+ 30,7
	Bund	... + 4,1	+ 8,5	+ 9,5	+ 12,5	+ 14,3	+ 13,1	+ 26,1	+ 8,3	p+ 7,3	p+ 10,2
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 0,5	- 31,7	+ 7,1	- 18,4	+ 28,2	+ 25,5	- 33,6	- 11,4	+ 17,2	- 4,1	- 7,8	- 14,0	+ 16,0
	Bund	... p- 11,7	p+ 3,6	p- 6,7	p+ 3,6	p+ 6,5	p+ 7,4	p+ 5,0	p+ 5,4
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	- 6,4	- 0,6	- 27,1	- 32,3	+ 25,9	+ 18,4	- 7,0	- 2,1	- 2,6	+ 21,1	- 35,4	- 32,3	+ 37,2
	Bund	... p- 9,5	p+ 19,1	p+ 4,6	p+ 15,1	p+ 6,6	p+ 16,0	p- 13,2	p+ 6,9
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 6,9	+ 13,2	+ 9,4	+ 11,7	+ 10,0	+ 7,4	+ 0,4	+ 3,0	+ 2,8	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	...
	Bund	+ 8,6	+ 11,6	+ 14,6	+ 8,6	+ 13,6	+ 10,6	+ 0,4	+ 2,2	+ 4,7	+ 2,4	+ 2,4	p+ 1,3	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 3,8	+ 16,5	+ 1,5	+ 9,8	- 2,0	+ 2,4	+ 5,3	+ 5,4	+ 4,9	+ 2,5	+ 1,3	+ 3,6	...
	Bund	+ 3,3	+ 3,7	+ 5,5	+ 0,2	+ 6,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 4,4	+ 1,1	+ 2,8	p+ 0,5
FREMDEVERKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 6,2	+ 36,9	- 1,9	+ 14,3	- 3,7	+ 2,9	+ 6,7	+ 3,6	+ 5,5	p+ 8,2	+ 8,0	p+ 7,5	...
	Bund	... + 5,5	+ 3,7	- 0,6	+ 0,8	- 0,6	+ 0,6	- 0,5	+ 1,7	+ 1,4
Übernachtungen	Land	+ 6,9	+ 54,5	- 4,2	+ 12,7	- 7,5	+ 3,4	+ 8,8	+ 6,4	+ 10,4	+ 7,1	+ 9,9	p+ 6,1	...
	Bund	... + 12,5	+ 0,5	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,6	+ 6,3	+ 3,2	+ 4,7	+ 2,7
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 19,0	- 18,6	- 16,8	- 13,9	- 11,6	- 11,0	- 9,7	- 8,6	- 7,8	- 6,9	- 6,0	- 6,9
	Bund	- 7,6	- 14,0	- 13,7	- 12,0	- 11,9	- 9,1	- 7,8	- 6,8	- 5,2	- 4,0	- 3,0	+ 0,1	- 0,3
offene Stellen	Land	+ 7,4	+ 28,6	+ 14,5	+ 5,1	+ 9,9	+ 12,5	+ 19,1	+ 16,1	+ 17,5	+ 26,6	+ 29,9	+ 28,5	+ 33,9
	Bund	+ 5,7	+ 7,2	+ 7,6	+ 6,9	+ 7,9	+ 6,4	+ 7,9	+ 6,7	+ 3,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,3	+ 7,5
Kurzarbeiter	Land	+ 47,3	- 1,0	+ 22,4	+ 126,9	+ 184,0	+ 145,8	+ 336,8	+ 371,3	+ 354,8	+ 214,2	+ 162,7	+ 40,1	+ 64,0
	Bund	+ 159,7	+ 39,9	+ 124,6	+ 150,2	+ 325,3	+ 384,8	+ 388,3	+ 311,5	+ 339,4	+ 317,3	+ 243,5	+ 132,0	+ 89,8
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	p+ 5,7	- 10,5	- 10,2	- 10,6	+ 21,1	+ 6,8	+ 9,1	+ 37,0	- 1,7	- 12,8	+ 67,7
	Bund	p+ 0,8	- 9,8	+ 1,0	- 4,4	+ 4,0	+ 6,2	+ 1,7	+ 7,0	- 1,1	+ 2,5	+ 10,9

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ^a	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990	2 614	7,1	11,1	12,0	- 2	34	1 234	62	352	265	555

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾					
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %
	in 1 000												
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	75 846	4,7	59 503	1,5
1990	135	12	48	62	3	82 770	9,1	62 675	5,3

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
	in 1 000										
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	530	2 320	2 324	4 881	2 186	139	972

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
	in 1 000		in Mill. DM	in Mill. DM	in Mill. DM	1 000 t SKE ⁸⁾				Beschäf- tigte am 30. 6. in 1 000		
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

2) ab 1988 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 125 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer fürsorge
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt	
									Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000		
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	166,6	90,1

Jahr	Steuern							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-markt-mittel
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 790	2 956

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	ins-gesamt	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1985 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100				Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
						Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
1986	97,5	94,3	101,4	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr
5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1990/91			1991/92				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	...	2 626	2 627	2 628
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 544	...	1 306	517	681
Lebendgeborene	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,1	...	5,9	2,3	3,4
	Anzahl	2 421	...	2 480	2 460	2 264
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,1	...	11,1	11,0	11,2
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 622	...	2 901	2 741	2 534
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,0	...	13,0	12,3	12,6
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	...	16	22	24
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	...	6,5	8,9	10,6
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 201	...	- 421	- 281	- 270
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 0,9	...	- 1,9	- 1,3	- 1,3
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	12 773	...	10 531	12 369	10 826
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	9 945	...	9 475	11 514	9 553
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 828	...	+ 1 056	+ 855	+ 1 273
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 400	...	8 454	10 205	8 174
Wanderungsfälle	Anzahl	32 118	...	28 460	34 088	28 553
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	94	81	89	94	94	77	83	89	87	87
darunter Männer	1 000	52	45	49	53	54	42	47	50	50	50
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,5	5,2	2,1	6,3	8,8	4,2	5,5	8,8	14,5	14,5
darunter Männer	1 000	3,4	4,5	1,9	5,5	7,9	3,5	4,9	8,0	12,4	12,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	9,3	11,0	7,9	9,3	10,3	10,2	10,3	12,0	13,8	13,8
LANDWIRTSCHAFT											
VIEHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 525 ^a	1 473 ^a	1 525	.	.	.	1 473	.	.	.
darunter Milchkühe	1 000	472 ^a	458 ^a	472	.	.	.	458	.	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000										
Schweine	1 000	1 445 ^a	1 387 ^a	1 445	.	.	.	1 387	.	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	138	144	.	.	.	138	.	.	.
darunter trächtig	1 000	99 ^a	96 ^a	99	.	.	.	96	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	49	p 61	50	69	57	63	47	47
Kälber	1 000 St.	1	p 1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	200	p 180	181	224	182	165	151	162
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	p 1	2	2	1	1	2	1
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	33,1	p 34,5	31,2	40,7	32,8	33,4	27,5	28,7
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	15,2	p 18,3	14,9	20,4	16,6	18,6	13,9	14,2
Kälber	1 000 t	0,1	p 0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	17,5	p 15,8	15,8	19,8	15,9	14,4	13,2	14,2
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	310	p 300	296	296	295	298	298	302
Kälber	kg	125	p 122	123	113	104	131	128	123
Schweine	kg	88	p 88	89	89	88	89	88	88
GEFLÜGEL											
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	96
für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	63
MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	194	194	188	183	158	182	190	188
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	93	94	96	95	94	95	96
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,4	13,7	12,7	12,7	12,0	12,9	13,2	13,3

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1990	1991	1990/91			1991/92				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	177	182	180	181	181	183	182	181	181	
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	119	122	122	122	122	123	123	121	120	
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 205	16 492	15 128	16 591	16 336	17 070	15 147	16 257	16 167	
Lohnsumme	Mill. DM	397,6	429,0	418,4	368,7	368,7	551,3	442,2	414,0	388,2	
Gehaltssumme	Mill. DM	295,8	326,6	332,0	297,2	287,4	432,5	359,2	326,0	312,3	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 227	2 290	2 205	2 607	2 124	2 267	2 204	2 222	2 257	
aus dem Inland	Mill. DM	1 501	1 650	1 540	1 957	1 447	1 643	1 566	1 640	1 612	
aus dem Ausland	Mill. DM	726	640	665	649	678	624	638	582	644	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 797	4 150	4 123	3 955	3 744	4 405	4 440	3 729	3 801	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 949	3 309	3 242	3 182	2 917	3 432	3 522	3 034	2 943	
Auslandsumsatz	Mill. DM	849	841	881	773	827	973	918	695	858	
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	14	15	
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	46,0	38,9	
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	71	74	
leichtes Heizöl	1 000 t	7	8	
schweres Heizöl	1 000 t	65	66	
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	297	304	290	302	294	321	297	314	305	
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	40	36	32	43	37	37	33	
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 773	43 486	42 447	41 980	41 259	44 525	43 783	43 141	42 840	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 608	4 676	3 485	3 817	2 367	4 923	3 461	3 737	4 201	
darunter für											
Wohnungsbauten	1 000	1 782	1 872	1 364	1 600	958	2 005	1 329	1 644	1 807	
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 213	1 277	935	1 084	752	1 319	988	1 096	1 165	
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 484	1 438	1 088	1 039	617	1 504	1 068	938	1 156	
Lohnsumme	Mill. DM	110,9	122,8	108,7	99,6	61,1	186,8	117,3	104,2	96,2	
Gehaltssumme	Mill. DM	21,8	24,5	23,9	21,1	20,7	39,4	27,2	23,4	23,3	
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	462,1	500,4	563,1	363,7	296,8	602,6	602,0	313,9	357,1	
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	282,2	288,4	288,5	217,9	188,7	256,9	295,0	246,8	246,6	
AUSBAUGEWERBE⁹⁾											
Beschäftigte	Anzahl	8 284	8 940	8 733	8 630	8 625	9 591	9 411	9 288	9 248	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	978	1 049	931	1 018	954	1 140	1 027	1 084	1 041	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	25,3	28,6	27,5	26,0	24,3	36,9	31,8	29,6	28,0	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	75,2	91,9	123,0	56,0	58,2	110,8	151,3	61,8	72,7	
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 263	2 110	2 622	2 714	2 529	1 919	1 750	2 200	...	
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	973	1 000	1 047	1 160	1 060	1 082	1 140	1 127	...	
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾											
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	104,8	109,0	107,3	.	.	.	110,5	.	.	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	185,4	212,9	220,3	.	.	.	236,1	.	.	

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein, ab Januar 1991 eigene Erhebung 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1990	1991	1990/91				1991/92		
		Monats- durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	509	484	300	348	333	524	328	459	468
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	414	386	225	262	266	430	237	376	379
2 Wohnungen	Anzahl	53	52	31	32	37	47	35	44	43
Rauminhalt	1 000 m³	482	469	364	406	382	448	330	392	460
Wohnfläche	1 000 m²	87	86	64	75	72	83	62	72	84
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	123	107	113	94	65	99	80	92	106
Rauminhalt	1 000 m³	602	564	729	648	290	688	471	439	398
Nutzfläche	1 000 m²	97	92	110	112	46	106	75	83	67
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 148	1 173	1 062	1 078	942	1 108	900	875	1 154
HANDEL UND GASTGEBERBE										
AUSFUHR										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	997,1	1 054,2	864,7	1 041,6	1 032,5	941,0	1 450,2
davon Güter der										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,4	164,1	127,4	168,1	136,8	167,2	158,7
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	851,7	890,0	737,3	873,5	895,7	773,8	1 291,5
davon										
Rohtstoffe	Mill. DM	14,7	15,6	10,9	18,7	15,0	14,9	15,6
Halbwaren	Mill. DM	62,0	55,8	48,7	68,5	56,2	61,5	52,0
Fertigwaren	Mill. DM	775,0	818,6	677,7	786,3	824,4	697,4	1 223,8
davon										
Vorzeugnisse	Mill. DM	122,1	113,8	103,0	118,1	109,5	117,0	84,0
Enderzeugnisse	Mill. DM	652,9	704,8	574,7	668,3	714,9	580,5	1 139,7
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill. DM	509,2	573,5	443,1	575,9	516,2	531,9	758,2
darunter										
Niederlande	Mill. DM	102,2	106,5	92,0	107,4	92,2	111,8	105,4
Frankreich	Mill. DM	90,2	85,1	72,9	94,6	104,7	94,1	77,0
Dänemark	Mill. DM	77,6	85,1	65,5	107,0	64,7	82,3	63,9
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	75,7	73,8	69,0	83,0	71,8	78,2	75,4
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	130,3	139,3	159,8	124,0	116,9	146,3	162,4	125,7	...
GASTGEBERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	117,7	122,2	103,7	76,1	71,6	95,8	105,0	78,9	...
FREMDENVKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
Ankünfte	1 000	317	336	162	115	137	227	175	123	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	40	46	26	13	18	46	32	15	...
Übernachtungen	1 000	1 616	1 728	580	469	519	751	637	497	...
darunter von Auslandsgästen	1 000	73	89	50	26	38	93	68	42	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 648	...	1 736
Güterversand	1 000 t	919	...	783
BINNENSCHIFFFAHRT										
Güterempfang	1 000 t	138	p 137	147	165	76	p 156	p 105	p 145	...
Güterversand	1 000 t	165	p 161	191	182	89	p 166	p 157	p 145	...
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾										
darunter Krafträder	Anzahl	11 254	...	9 510	12 784	11 413	10 156	8 429
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	294	...	53	111	199	73	52
Lastkraftwagen	Anzahl	10 060	...	8 698	11 783	10 327	9 176	7 341
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	570	...	529	670	595	678	732
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 444	p 1 374	1 212	1 100	900	1 430	p 1 268	p 1 092	p 1 070
Getötete Personen	Anzahl	30	p 29	27	27	25	31	p 30	p 21	p 16
Verletzte Personen	Anzahl	1 881	p 1 783	1 602	1 400	1 178	1 836	p 1 623	p 1 381	p 1 377

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1990	1991	1990/91			1991/92				
				Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
GELD UND KREDIT											
INSOLVENZEN											
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte, ohne Anschlußkonkurse)	Anzahl	47	45	40	37	44	29	54	39	53	
Vergleichsverfahren	Anzahl	1	0	-	-	-	-	-	-	-	
KREDITE UND EINLAGEN¹⁾											
		4-Monats- durchschnitt ³⁾									
Kredite ²⁾ an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	81 692	87 934	83 070	.	.	.	91 436	.	.	
darunter											
Kredite ²⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	80 154	86 397	81 367	.	.	.	89 952	.	.	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	10 533	11 469	10 565	.	.	.	11 791	.	.	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 266	11 243	10 451	.	.	.	11 549	.	.	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	266	226	114	.	.	.	242	.	.	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 353	5 089	4 564	.	.	.	5 504	.	.	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 698	4 109	3 810	.	.	.	4 370	.	.	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	655	981	754	.	.	.	1 134	.	.	
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	65 259	69 839	66 238	.	.	.	72 657	.	.	
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 883	51 174	49 552	.	.	.	52 850	.	.	
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 385	18 665	16 686	.	.	.	19 807	.	.	
Einlagen und aufgenommene Kredite ²⁾ von Nichtbanken											
Sichteinlagen und Termingelder von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	61 853	63 561	64 837	.	.	.	66 933	.	.	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	42 652	44 313	45 311	.	.	.	47 265	.	.	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	34 571	38 923	36 871	.	.	.	41 652	.	.	
Spareinlagen	Mill. DM	8 081	5 390	8 440	.	.	.	5 612	.	.	
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 211	19 249	19 526	.	.	.	19 669	.	.	
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	18 876	18 946	19 193	.	.	.	19 382	.	.	
	Mill. DM	335	302	333	.	.	.	236	.	.	
STEUERN											
		Vierteljahres- durchschnitt			4.Vj.90			4.Vj.91			
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 955	3 454	3 774	-	-	-	3 999	-	-	
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 048	2 371	2 801	-	-	-	2 822	-	-	
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 491	1 732	1 854	-	-	-	2 121	-	-	
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	376	358	625	-	-	-	445	-	-	
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	55	78	43	-	-	-	39	-	-	
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	125	204	278	-	-	-	217	-	-	
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	907	1 083	974	-	-	-	1 177	-	-	
Umsatzsteuer	Mill. DM	608	722	633	-	-	-	789	-	-	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	300	361	341	-	-	-	388	-	-	
Bundessteuern	Mill. DM	55	54	50	-	-	-	51	-	-	
Zölle	Mill. DM	0	0	-	-	-	-	-	-	-	
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	34	31	40	-	-	-	37	-	-	
Landessteuern	Mill. DM	214	236	229	-	-	-	244	-	-	
Vermögensteuer	Mill. DM	37	47	44	-	-	-	43	-	-	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90	92	93	-	-	-	104	-	-	
Biersteuer	Mill. DM	8	10	9	-	-	-	9	-	-	
Gemeindesteuern	Mill. DM	340	371	335	-	-	-	392	-	-	
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	7	-	-	-	7	-	-	
Grundsteuer B	Mill. DM	77	82	72	-	-	-	74	-	-	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	241	266	244	-	-	-	297	-	-	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 524	1 738	1 877	-	-	-	2 001	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	859	959	1 152	-	-	-	1 141	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	590	704	633	-	-	-	765	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	21	42	-	-	-	44	-	-	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 794	1 921	2 356	-	-	-	2 115	-	-	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	928	1 120	1 296	-	-	-	1 317	-	-	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	632	542	788	-	-	-	507	-	-	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	20	22	42	-	-	-	47	-	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	608	690	918	-	-	-	1 091	-	-	
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	202	223	160	-	-	-	206	-	-	
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	313	349	403	-	-	-	431	-	-	

Fußnoten nächste Seite

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1990	1991	1990/91			1991/92				
			Monats- durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100										
Einfuhrpreise ⁶⁾	82,5	82,8	83,4	83,2	82,2	82,4	81,1	80,8
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,2	103,5	102,3	102,7	102,8	103,6	103,5	104,0
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	91,4	...	91,7	91,7	90,7	90,8	90,0
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	101,0	103,4	101,5	102,4	102,4	104,3	104,1	104,0
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	94,7	...	92,0	91,6	94,4	p 97,3	p 98,0
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,4	124,3	.	.	120,5	126,5
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	95,7	...	94,8	96,0	97,3	99,6	99,6
Einzelhandelspreise	104,4	107,1	105,4	106,0	106,3	108,3	108,3	108,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	107,0	110,7	108,1	108,8	109,1	112,5	112,6	113,1	113,8	...
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	105,6	108,6	106,0	106,7	107,2	109,7	110,0	110,8	111,7	...
Bekleidung, Schuhe	107,5	110,1	108,7	108,8	108,9	111,5	111,6	111,8	112,2	...
Wohnungsmieten	112,5	117,3	114,2	114,6	115,1	119,3	119,8	120,4	121,1	...
Energie (ohne Kraftstoffe)	85,5	89,4	88,6	91,1	91,7	91,0	90,0	89,3	90,0	...
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	107,3	110,5	108,3	108,5	108,9	112,2	112,4	112,6	113,1	...
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	821	866	.	830
darunter Facharbeiter	860	907	.	872
weibliche Arbeiter	572	605	.	582
darunter Hilfsarbeiter	545	578	.	554
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	20,47	21,82	.	20,92
darunter Facharbeiter	21,57	22,98	.	22,08
weibliche Arbeiter	14,65	15,64	.	14,96
darunter Hilfsarbeiter	13,86	14,88	.	14,14
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,0	39,7	.	39,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,0	38,7	.	38,9
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 960	5 254	.	5 104
weiblich	3 433	3 672	.	3 530
Technische Angestellte										
männlich	5 066	5 393	.	5 184
weiblich	3 382	3 629	.	3 491
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 990	4 190	.	4 108
weiblich	2 754	2 967	.	2 863
Technische Angestellte										
männlich	3 753	4 193	.	4 050
weiblich	(2 700)	(2 629)	.	(2 591)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 297	4 539	.	4 435
weiblich	2 953	3 192	.	3 071
Technische Angestellte										
männlich	4 972	5 323	.	5 115
weiblich	3 371	3 612	.	3 478

1) Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken 2) einschließlich durchlaufender Kredite 3) Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 6. 1991			Bevölkerungsveränderung im Juni 1991			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1992 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLensburg	87 035	+ 0,0	- 0,0	- 4	46	42	24	-	30
KIEL	246 580	+ 0,1	+ 0,7	0	228	228	96	-	116
LÜBECK	215 227	+ 0,1	+ 0,4	- 62	183	121	75	-	85
NEUMÜNSTER	80 882	+ 0,1	+ 0,4	- 3	59	56	49	1	57
Dithmarschen	129 792	+ 0,0	+ 0,8	0	60	60	52	1	63
Hzgt. Lauenburg	160 608	+ 0,2	+ 1,3	9	248	257	56	1	73
Nordfriesland	153 450	+ 0,1	+ 0,8	- 10	213	203	49	2	67
Ostholstein	190 351	+ 0,1	+ 0,8	- 38	289	251	68	1	83
Pinneberg	270 260	+ 0,1	+ 1,0	- 5	153	148	127	2	165
Plön	121 436	- 0,3	+ 0,8	8	- 424	- 416	40	-	55
Rendsburg-Eckernförde	247 701	+ 0,0	+ 0,7	0	107	107	103	1	137
Schleswig-Flensburg	180 624	+ 0,1	+ 0,5	45	58	103	65	3	83
Segeberg	222 286	+ 0,1	+ 1,4	20	137	157	122	2	179
Steinburg	123 532	+ 0,2	+ 0,4	1	301	302	55	1	71
Stormarn	199 319	+ 0,1	+ 0,8	- 18	164	146	89	1	113
Schleswig-Holstein	2 634 082	+ 0,1	+ 0,8	- 57	1 822	1 765	1 070	16	1 377

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 1. 1992		
	Betriebe am 29. 2. 1992	Beschäftigte am 29. 2. 1992	Umsatz ⁴⁾ im Februar 1992 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLensburg	73	9 302	199	40 969	36 454	419
KIEL	136	21 571	419	113 420	101 065	410
LÜBECK	144	21 263	367	99 275	88 390	411
NEUMÜNSTER	74	10 168	130	41 475	36 723	454
Dithmarschen	68	7 347	308	77 644	63 375	488
Hzgt. Lauenburg	108	9 143	137	94 514	81 792	509
Nordfriesland	57	3 331	80	93 067	76 313	497
Ostholstein	91	6 876	145	106 595	91 731	482
Pinneberg	204	21 858	511	153 564	133 777	495
Plön	46	3 131	53	68 671	58 345	480
Rendsburg-Eckernförde	138	10 301	189	146 254	123 115	497
Schleswig-Flensburg	83	5 429	120	109 691	89 774	497
Segeberg	203	20 601	453	146 188	125 338	564
Steinburg	85	9 704	222	75 948	63 062	491
Stormarn	182	21 117	468	122 756	107 859	541
Schleswig-Holstein	1 692	181 142	3 801	1 490 031	1 277 113	485

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 4. 1991 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1991

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt				Verarbeitendes Gewerbe ²⁾				
	Einwohner am 31. 12. 1990		Arbeitslose Ende Februar 1992			Kurz- arbeiter Mitte Februar 1992	offene Stellen Ende Februar 1992	Beschäftigte am 30. 11. 1991		Umsatz ³⁾ im November 1991	
	in 1 000	Ver- änderung 1) %	in 1 000	Ver- änderung 1) %	Arbeits- losen- quote %			in 1 000	Mill. DM	Export- quote 4)	%
Baden-Württemberg	9 822,0	+ 2,1	184,6	9,1	4,2	48,9	68,9	1 546	30 612	29	
Bayern	11 448,8	+ 2,0	287,6	3,6	5,8	60,6	79,9	1 475	29 026	29	
Berlin	3 433,7	p 253	p 5 840	p 11	
Brandenburg	2 578,3	...	199,4	65,0	16,3	83,1	5,0	p 226	p 1 482	p 11	
Bremen	681,7	+ 1,2	31,1	- 9,6	10,6	4,2	4,0	84	3 005	50	
Hamburg	1 652,4	+ 1,6	59,5	- 13,1	8,1	3,7	8,5	137	9 469	13	
Hessen	5 763,3	+ 1,8	136,6	3,0	5,5	20,7	29,7	661	13 321	27	
Mecklenburg-Vorpommern	1 924,0	...	179,8	54,1	18,4	60,2	3,1	p 88	p 515	p 16	
Niedersachsen	7 387,2	+ 1,4	263,2	- 4,4	8,5	16,9	36,7	688	19 851	30	
Nordrhein-Westfalen	17 349,7	+ 1,4	577,1	- 2,4	7,9	55,5	66,1	2 029	43 724	26	
Rheinland-Pfalz	3 763,5	+ 1,7	93,3	- 1,4	6,0	9,0	17,7	394	9 395	32	
Saarland	1 073,0	+ 0,8	37,5	- 1,3	8,8	6,8	3,3	138	2 868	32	
Sachsen	4 764,3	...	348,5	70,2	15,0	169,6	7,8	p 478	p 2 495	p 16	
Sachsen-Anhalt	2 874,0	...	234,5	68,5	16,4	98,0	7,7	p 283	p 2 130	p 26	
Schleswig-Holstein	2 626,1	+ 1,2	87,3	- 6,9	7,8	14,5	13,8	183	4 405	22	
Thüringen	2 611,3	...	216,4	64,8	17,3	94,2	6,2	p 258	p 1 158	p 16	
Bundesrepublik Deutschland	79 753,2	p 8 921	p 179 295	p 27	
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	63 725,7	+ 1,7	1 863,4	- 0,3	6,8	248,7	338,0	7 511	171 029	27	
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	16 027,6	...	1 290,4	64,0	16,4	518,8	34,2	p 1 410	p 8 267	p 18	

Bundesland	Bauhauptgewerbe			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵⁾ im November 1991		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶⁾ im Dezember 1991				
	Beschäftigte am 31. 10. 1991	baugewerblicher Umsatz ³⁾ im Oktober 1991		Zahl der genehmigten Wohnungen im November 1991	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		in 1 000	Mill. DM				Ver- änderung 1) %	Anzahl	Ver- änderung 1) %	Anzahl	je 100 Unfälle
Baden-Württemberg	179	2 611	+ 12,9	7 337	785 203	2 470 174	+ 1,1	2 965	+ 4,0	4 061	137
Bayern	251	3 545	+ 13,5	7 981	1 253 344	3 868 930	+ 5,3	4 258	+ 7,9	6 011	141
Berlin	1 300	+ 7,6	1 615	124
Brandenburg	1 114	+ 33,4	1 547	139
Bremen	11	168	+ 1,9	131	42 515	84 175	+ 9,6	264	- 6,0	306	116
Hamburg	22	405	+ 13,1	...	200 941	361 495	+ 2,8	702	- 12,6	905	129
Hessen	92	1 471	+ 26,7	2 616	657 511	1 986 367	+ 3,4	2 099	- 2,4	2 904	138
Mecklenburg-Vorpommern	742	+ 36,1	1 022	138
Niedersachsen	119	1 879	+ 20,6	4 378	567 770	1 614 602	+ 1,1	3 207	- 3,4	4 236	132
Nordrhein-Westfalen	244	3 262	+ 6,3	7 572	993 555	2 672 375	- 0,1	5 786	- 2,8	7 531	130
Rheinland-Pfalz	62	822	+ 2,4	2 495	349 217	1 097 945	- 0,2	1 246	- 5,0	1 717	138
Saarland	17	212	+ 4,4	287	44 077	144 850	+ 18,7	376	- 0,8	536	143
Sachsen	1 132	- 2,1	1 498	132
Sachsen-Anhalt	988	- 33,0	1 366	138
Schleswig-Holstein	45	598	+ 6,9	1 446	229 912	767 057	+ 9,4	1 268	+ 4,6	1 653	130
Thüringen	733	+ 27,0	1 068	146
Bundesrepublik Deutschland	28 394	+ 4,1	38 252	135
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	1 082	15 611	+ 12,6	p 35 718	5 350 598	15 627 642	+ 2,7	23 135	+ 0,7	31 045	134
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	5 259	+ 22,3	7 207	137

1) gegenüber Vorjahresmonat 2) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 3) ohne Umsatzsteuer 4) Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 6) vorläufige Zahlen

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ▲ = entspricht

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Bibliothek
Standort Kiel